Nr. 133 — Jahrgang 17 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 13. Juni 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Kabinett Brüning vor dem Rücktritt?

Die Volkspartei fordert Reichstagseinberufung und Kabinettsumbildung — Der Kanzler gegen jede Abänderung der Notverordnung — Die Sozialdemokraten beim Reichskanzler

Berlin. Die Entscheidung der volksparteilichen Reichstagsfraktion für die Einberufung des Reichstages, wird vor allem damit begründet, daß nach ihrer Auffassung der Nation neue Lasten nur dann zugemutet werden könnten, wenn gleichzeitig auch entscheidende Aktionen in der Reparationsfrage erfolgten. Außerdem wird von volksparteilicher Seite betont, daß man in der vorliegenden Notverordnung weder eine wirkliche Sanierung der öffentlichen Haushaltswirtschaft noch eine Anbahnung der Wirtschaftsgesundung zu erblicken vermöge. Dem Reichskanzler, der von der bevorstehenden Entscheidung der Deutschen Volkspartei bereits im Laufe des späten Nachmittags unterrichtet worden war, ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei kein Mißtrauensvotum für seine Person bedeute. Dagegen erwarte man von Dr. Brüning, daß er nunmehr zu der seit langem geforderten Neubildung des Kabinetts schreitet.

Falls mit der Entscheidung der Deutschen Volkspartei im Aeltestenrat des Reichstages sich eine Mehrheit für die Einberufung des Parlaments ergeben sollte, wird mit der Gesamtdemission des Kabinetts Brüning gerechnet, da der Reichskanzler in den Parteiführerbesprechungen des Donnestag seine Auffassung nach dieser Richtung hin schon mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Nach der „Vossischen Zeitung" hat Reichsaußenminister Dr. Curtius an dem größten Teil der Beratungen der Reichstagsfraktion der D. V. P. teilgenommen. Als sich gegen Schluß ergeben habe, daß der größte Teil der Fraktion für die Einberufung des Reichstages stimmen werde, habe er die Sitzung verlassen.

Die Besprechung der Sozialdemokraten mit dem Reichskanzler

Berlin. In der Besprechung der Vertreter der Sozialdemokratie mit dem Reichskanzler wurde, wie der „Vorwärts" berichtet, ein endgültiges Ergebnis nicht erzielt. Die Besprechungen über die von der Sozialdemokratie gewünschten Abänderungen der Notverordnung sollen nach Rückkehr des Reichskanzlers von Neudeck und nach einer Fühlungnahme mit dem Reichskabinett fortgesetzt werden.

Nach einer weiteren Mitteilung des sozialdemokratischen Pressedienstes soll die Regierung zu Aenderungen unter der Voraussetzung bereit sein, daß dadurch die finanziellen Erträgnisse der Notverordnung nicht beeinträchtigt werden. Die evtl. Abänderungen sollen jedoch weder durch den Reichstag noch durch den Ausschuß beschlossen, sondern auf dem Wege interner Verhandlungen vereinbart werden.



Mit dem Frühjahrspreis der Berliner Akademie ausgezeichnet

Max Pfeiffer-Wakenphul, ein aus Essen gebürtiger Maler, dem der Frühjahrspreis der Preußischen Akademie der Künste in Berlin zuerkannt wurde.

Brüning gegen Abänderungen

Zu äußersten Konsequenzen entschlossen.

Berlin. Nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Neudeck werden in der Reichskanzlei Besprechungen mit den Parteien fortgesetzt werden. Für Sonnabend sind Unterredungen mit den Wortführern der Staatspartei, der Wirtschaftspartei und des Christlich-Sozialen Volksdienstes vorgesehen. Ob der Kanzler auch noch in Verhandlungen mit den Oppositionsparteien eintritt, steht zur Zeit noch nicht fest. Sicher ist nur, daß er für den gegenwärtigen Zeitpunkt materielle Abänderungen in der Notverordnung ablehnt und daß er zu den äußersten Konsequenzen entschlossen ist, falls die Regierung durch die Einberufung des Reichstages unter politischem Druck in der Frage der Notverordnung gesetzt werden sollte.

Hendersons Europahoffnungen

Die Zollunion ist ein Gefahrenpunkt — Oesterreich soll geholfen werden — England bleibt unparteiisch Abrüstung — Voraussetzung der Gesundung Europas

London. In einer Ansprache an das parlamentarische Völkerbundskomitee des Unterhauses gab Außenminister Henderson einen Bericht über die letzte Sitzung des Völkerbundsrates und der europäischen Komitees. Henderson erklärte sich von der Bedeutung des Völkerbundes überzeugt. Dessen Einfluß sei niemals größer gewesen, als im Augenblick. Hinsichtlich des beabsichtigten österreichisch-deutschen Zollabkommens wies der Außenminister auf die große Unruhe hin, welche die Methode seiner Ankündigung in Europa hervorgerufen habe. Man hätte eine Erleichterung gespürt, als es gelungen war, dieses Problem auf das Programm des Völkerbundsrates zu setzen und es dann an den permanenten Gerichtshof im Haag zur Hergabe eines Gutachtens über die rechtliche Zulässigkeit des Abkommens übergeben war. Es bliebe aber noch die Erörterung und Erwägung

der politischen und der wirtschaftlichen Seite der Frage übrig.

Der österreichische Außenminister habe mit vielem Nachdruck in Genf auseinandergesetzt, daß dieser Schritt infolge der ersten wirtschaftlichen Krise in Oesterreich getan worden sei. Henderson gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Europa-Ausschuß durch seinen Unterausschuß für finanzielle, wirtschaftliche und sonstige Fragen in der Lage sein werde, Vorschläge zu machen,

die gewisse andere Abhilfemittel zur Beseitigung der Uebel vorsehen, an denen Oesterreich genau wie viele andere Länder litt.

Für diese Vorschläge würden Zinsen gezahlt werden. In Beantwortung von Fragen erklärte Henderson, daß die englische Regierung in der Frage

des österreichisch-deutschen Zollabkommens eine unparteiliche Haltung einnehmen wolle.

Hinsichtlich der Abrüstung sagte er, daß auf der kommenden Abrüstungskonferenz die Schritte, die die englische Regierung hinsichtlich der Beschränkungen der Rüstungen und der damit verbundenen Verhandlungen ergriffen habe, voll veröffentlicht werden. Dies bedeute aber nicht, daß hiermit der letzte Schritt getan sei, voraussichtlich natürlich, daß die anderen Länder bereit seien, auch ihren Anteil an der wirksamen Herabsetzung der militärischen Streitkräfte auf Grund von verbesserten Methoden internationaler Vereinbarungen beitragen.

Der polnische Außenminister in Karlsbad

Warschau. Der polnische Außenminister Zaleski hat einen mehrwöchigen Urlaub angetreten und sich zur Kur nach Karlsbad begeben.

Für die Minderheiten!

Zur Oberhausdebatte über Europas Friedensgefahr.

Daß England unter der Arbeiterregierung mehr als einmal die Minderheitsfrage angeschnitten hat, ist hinlänglich bekannt. Aber, daß man in die Zeiten so schwerwiegender Krisen auch an dieses Problem denkt, ist immerhin ein gutes Zeichen, daß man sich außerhalb der Länder, die Minderheiten beherbergen, recht wohl darüber Rechenschaft ablegt, daß über dieses Problem nicht so zur Tagesordnung übergegangen werden darf, wie man es seit letzter Zeit gern im Völkerbund zu tun beliebt, um nicht durch dieses heikle Problem Differenzen zwischen die „Staatsmänner" zu tragen. Daß die Mehrheit, der den Völkerbund bildenden Staaten, minderheitenfeindlich ist, ist kein Geheimnis, und daß man hier Gewalt oft vor Recht gehen läßt, ist fast Allgemeinerscheinung. Der Völkerbund ist nach den sogenannten Friedensverträgen, der eigentliche Schutzherr der Minderheitsnationen, die unter der Fremdherrschaft zu leben gezwungen sind. Man wird nicht gerade behaupten, daß der Völkerbund dem Minderheitsproblem eine besondere Fürsorge hat angedeihen lassen und was er als Beschwerden zu erledigen hat, erfolgt durch den Minderheitsausschuß in einem Tempo, das zur Genüge beweist, daß man es so eilig hat, als wenn auf den Nägeln der Hand, die dieses Problem mit behandelt, Feuer brennen würde. Wenn Deutschland, das an der Lösung des Minderheitenproblems am meisten interessiert ist, in dieser Frage das Wort ergreift, so setzt es sich immer der Gefahr aus, daß ihm dies angekreidet wird, als wenn es durch diese Frage die Revision der Friedensverträge mit betreiben wollte. Außer Deutschland greift dann noch irgend ein neutraler Staat ein, aber sonst war es nur die englische Regierung, die hierfür einiges Interesse zeigte. Aber nicht die englischen Regierungen der Konservativen, denn von Chamberlain war bekannt, daß er als Franzosenfreund für die Minderheiten nichts übrig hatte und für ihn war die Frage nur dann von Interesse, wenn ihm gezeigt werden konnte, daß der Assimilationsprozeß zwischen Minderheit und Staatsvolk gute Fortschritte macht.

Unter Führung Frankreichs und stiller Assistenz Italiens, der eigentlichen Machthaber im Völkerbund, war, mit Ausnahme einiger Neutralen, die Minderheitsfrage im Völkerbund immer ein unangenehmer Punkt. Da ist es gerade zu begrüßen, wenn mitten in der heutigen Krisenzeit das englische Oberhaus, das Haus der Lords, die Gelegenheit aufgreift, um zu beweisen, daß es neben den unsinnigen Rüstungen in Europa auch noch andere Probleme gibt, die den Frieden gefährden. Unter diesen gefährlichen Problemen befindet sich auch die Lösung der Minderheitsfrage. Zu diesem Thema ist hier schon genug geschrieben worden und man kann nur jedes Wort unterschreiben, was am Dienstag von der Tribüne des Oberhauses gesagt worden ist. Der Arbeiterlord Dickinson, der das Minderheitsproblem aus eigener Anschauung heraus studiert hat, interpellierte die Regierung, was sie zu tun gedenke, um diese Frage der Lösung näher zu bringen. Gerade auf der letzten Völkerbundstagung haben die oberschlesische Beschwerde und auch die ukrainische gestanden und man ist mit der Lösung, wie man hier die Dinge in Genf behandelt hat, nicht zufrieden, man erwartet, daß die englische Regierung in dieser Angelegenheit bald neue Schritte unternimmt. Dem Oberhaus handelt es sich in erster Linie um die ukrainische Beschwerde, die durch irgend ein Kompromiß überhaupt nicht auf die Tagesordnung kommen soll. Polen hat hier, wie in der oberschlesischen Beschwerde, keine genügende Antwort gegeben, die Fragen selbst sind bis zur Septembertagung verlegt worden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch dem englischen Außenminister der Dank dafür ausgesprochen, daß er sich der Minderheiten angenommen hat. Diese Feststellungen haben wir bereits in einem Londoner Telegramm wiedergegeben und wir wiederholen: uns scheint, daß man in London sehr wohl die Tragweite, also die Gefahren erkennt, die aus dem Zurückhalten der Lösung mit der Zeit entstehen müssen, also ohne Lösung der Minderheitsfrage, keinen gesicherten Frieden in Europa.

Wenn wir, trotz des ausführlichen Telegramms, zu der Angelegenheit selbst Stellung nehmen, so geschieht dies aus einem anderen Grunde. Die bürgerliche Presse, die sich bei jeder Gelegenheit dessen rühmt, welchen Einfluß das Bürgertum in den Ländern, wo sie an der Macht sitzen, genießt, ist der Meinung, daß hier von diesen Vertretern etwas zu er-

warten ist. Aber wohin wir blicken, sitzen in den Parlamenten Kräfte, die gerade gegen die Minderheiten eingestellt sind. Die Behauptung der bürgerlichen Parteien, daß sie den Minderheiten ihre Rechte gewährleisten wollen, ist nichts, als eine große Lüge, denn überall haben sie Einfluß, doch ihnen ist der Besitz alles, das Minderheitenrecht höchstens ein unbequemes Erinnerungszeichen, daß sie, solange sie am Ruder sind, hierfür kein Wort verlieren wollen. Und wenn die Minderheitenfrage je in Angriff genommen wurde, so doch nur von Sozialisten oder Arbeiterparteien, die damit nichts anderes zum Ausdruck bringen, als die Tatsache ihres Programms, daß die Arbeiter aller Länder zusammenstehen müssen. Gewiß ist man minderheitenfreundlich, solange es sich um einige Volksgenossen im Ausland handelt, das kann man zum Beispiel aus dem Verhältnis der polnischen Regierungspresse erfahren, wenn es sich um Polen im Ausland handelt. Dann ist alles erlaubt, was man den eigenen „Fremdstämmigen" verbietet und die Forderung nach Erhaltung polnischer Kultur wird immer hervorgehoben, während man die nationalen Gebräuche, Sprache und Kultur der Minderheitsvölker systematisch zu beseitigen versucht. Wie anderwärts, so sind auch in Polen nur die Sozialisten bereit, den Minderheitsnationen ihre kulturellen und nationalen Belange zu gewähren, die übrigen bürgerlichen Parteien stehen unter dem Symptom des Nationalstaates und darum müssen die Minderheiten in der Staatsnation aufgehen. Hier unterscheiden sich die Christen in nichts von den Chauvinisten, sie wollen Herr der Lage und des Staates sein.

Darum ist der Mahnruf des Oberhauses eine willkommene Angelegenheit, den Chauvinisten zu beweisen, daß sie an dieser Frage nicht vorbeigehen werden. Die englische Arbeiterregierung hat schon manchen Schritt für die Minderheit getan, sie ist auch bereit dafür einzutreten, daß beim Völkerbund eine ständige Minderheitenkommission ernannt wird, die sich mit dem Schutz der Minderheiten beschäftigt und vor allem auch außerhalb der Tagung des Rats den Minderheiten Schutz gewährt und ihre Beschwerden nachprüft. Gewiß wird diese Forderung manchen Staaten unangenehm sein, denn es bedeutet nach ihren Begriffen einen Eingriff in ihre Souveränitätsrechte, und das kann man sich angeblich nicht gefallen lassen, wenn man hingegen Anleihen erhalten kann, so läßt man sich manchen Eingriff in das Staatshoheitsrecht gefallen, aber für die „Fremdstämmigen" wäre das einfach untragbar. Wir wollen bei dieser Gelegenheit nur darauf verweisen, daß die breiten Massen, die da glauben, daß die sogenannten nationalen Parteien das Minderheitenproblem lösen werden, vergeblich warten. Wer das Wort national nur so begreift, daß es wirkt, wenn man nationalistisch sich gebärdet, der wird wohl einsehen, daß man für die eigene Minderheit plädiert, wenn sie im Ausland lebt, aber für den im Lande ansässigen „Fremdkörper" nichts übrig hat. Darum darf auch kein Arbeiter und Angestellter erwarten, daß es je möglich sein wird, daß die bürgerlichen deutschen und bürgerlichen polnischen Parteien je Fragen der nationalen und kulturellen Belange ihrer Staatsbürger lösen werden. Wie in England die Arbeiterpartei dieses Problem angreift, so sind es in allen übrigen Ländern nur die Sozialisten, die eine Lösung dieses Problems herbeiführen wollen, und wer sich eben für eine günstige Lösung des Minderheitenproblems einsetzt und auch Erfolge sehen will, dem bleibt nichts anderes übrig, als sich den sozialistischen Parteien anzuschließen. Das, was die bürgerlichen Parteien wollen, ist oft schon gezeigt worden, daß man lieber auf eine deutsche Minderheitsschule verzichtet hat, wenn die Gefahr bestand, daß darin auch evangelische Kinder unterrichtet werden sollten, dann ging das „heiligste Recht der Nation" zum Teufel, weil zufällig nicht der katholische Geist obwalten sollte. Und wie in diesem Beispiel, so ist auch die Minderheitenfrage für die bürgerlichen Parteien ein Kuhhandel, aber nie eine ernste Lösung des Problems selbst. Wer eine unparteiische Lösung des Minderheitenproblems wünscht, der muß, ob er will oder nicht, doch unter die roten Banner gehen, hier herrscht nicht der begrenzte Nationalismus oder gar religiöse Fanatismus, hier kann nationale und kulturelle Befreiung gedeihen, weil das Ziel selbst kosmopolitisch ist. Und nur wer in Kontinenten denkt, kann auch den nationalen Minderheiten volles Verständnis und gleiches Recht auf freie Kultur und Sprache gewähren. —ll.

Der Warschauer Verkehrsstreik beigelegt

Warschau. Das Eingreifen des Warschauer Regierungskommissars in den Streit zwischen den streikenden Straßenbahnen und der Leitung der Straßenbahnwerkstätten hat zunächst Erfolg gehabt. Der Straßenbahn- und Autobusverkehr ist im Laufe des Donnerstags in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Der von den angeblichen Kommunisten beherrschte Streikausschuß wurde vollzählig verhaftet.



Der Sohn des mexikanischen Präsidenten in U. S. A. erschossen

Der 18jährige Sohn des Präsidenten von Mexika, Guillermo Rubio, der im Staate Kansas (U. S. A.) eine Schule besucht, wurde von einem amerikanischen Polizeibeamten versehentlich erschossen. Der Beamte erklärte, Rubio und dessen Begleiter hätten sich im Besitz von Revolvern befunden und wären seiner Anforderung anzuhalten nicht nachgekommen.

Briands neuer Vorstoß

Deutschland hat nicht im Sinne Frankreichs abgerüstet – Anklagen gegen die Wehrverbände
Deutsche Antwort auf Briands Anklagen

Genf. Das „Journal Officiel" des Völkerbundes veröffentlicht eine Note, die der französische Außenminister Briand in seiner Eigenschaft als Präsident der Botschafterkonferenz bereits am 16. März an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet hat und die sodann am 10. April vom Generalsekretär des Völkerbundes den Mitgliedern des Völkerbundsrates zur Kenntnisnahme übermittelt worden ist. In dieser Note macht Briand die Ratsmächte zunächst darauf aufmerksam, daß seit der Zurückziehung der interalliierten Militärkontrollkommission am 31. Januar 1930 aus Deutschland keinerlei Kontrollorgane mehr für die Durchführung der Deutschland auferlegten endgültigen Abrüstungsverpflichtungen von der deutschen Regierung

nicht zufriedenstellend erfüllt

worden seien. Hierbei verweist Briand auf vier der Note beigefügte Annexe, die jedoch nicht veröffentlicht werden. Der der Note angefügte Artikel des Versailler Vertrages behandelt diejenigen Punkte, in denen Deutschland nach der Auffassung Briands seinen Abrüstungsverpflichtungen noch nicht voll nachgekommen sein soll. Dies sind erstens die Truppenstärke und Rekrutierung der Reichswehr, zweitens die militärischen Verwaltungseinrichtungen der Reichswehr, drittens die Polizei, und viertens die Bildung der deutschen Wehrverbände.

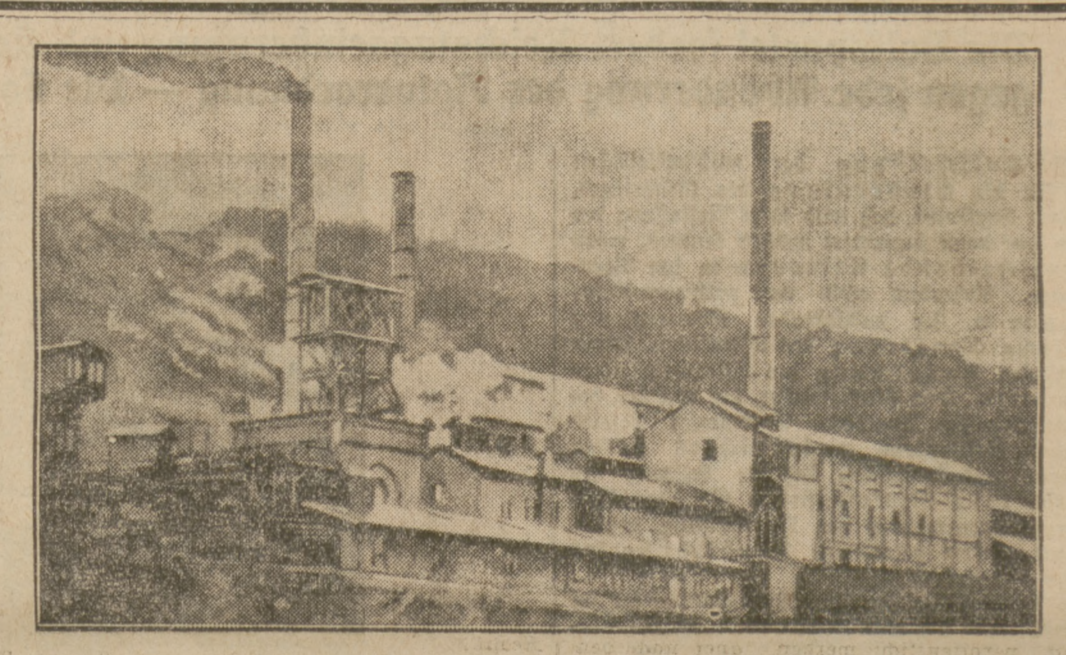
Die Note Briands an die Ratsmächte trägt zunächst einen rein informatorischen Charakter. Weitere Schritte haben sich an die Note bisher noch nicht angeschlossen. Eine Erörterung der Note Briands, die auf angebliche deutsche Verletzungen der Abrüstungsverpflichtungen hinweist, durch den Völkerbundsrat, kann lediglich erfolgen, wenn ein Mitglied des Völkerbundsrates einen dahingehenden Antrag beim Generalsekretär des Völkerbundes stellt. Ein derartiger Antrag ist jedoch bisher nicht erfolgt.

Deutsche Stellungnahme zu Briands Abrüstungsnote

Berlin. Die Note, die Briand in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Botschafterkonferenz an das Sekretariat des Völkerbundes gerichtet, wird an zuständiger Stelle in Berlin

als eine völlig belanglose Angelegenheit bezeichnet,

die jeder aktuellen Bedeutung entbehre. Es handele sich um die geschäftsmäßige Erledigung eines Vorganges aus dem Jahre 1927, die eine einseitige und daher nicht beweiskräftige Darstellung der Entwaffnungsverhandlungen enthalte. Was die Schlußfolgerungen des Berichtes angehe, so habe der Völkerbundsrat als solcher kein Initiativrecht in der Frage der deutschen Abrüstung. Vielmehr könne der Völkerbundsrat nur gemäßt Artikel 213 die Investigation beschließen, wenn eine Ratsmacht einen Antrag stelle und die angeblichen Verfehlungen Deutschlands glaubhaft mache. Damit ist aber nach Berliner Auffassung nicht zu rechnen. Das Schriftstück wird deshalb nach Ansicht der Berliner zuständigen Stellen zu den Akten gelegt werden müssen. Die Botschafterkonferenz gibt in dem Bericht übrigens selbst zu, daß sie nach Zurückziehung der Kontrollkommission keinerlei Befugnisse mehr in dieser Frage habe.



Gruben-Unglück in Neurode

Die Ruben-Grube.

Ein Jahr nach der furchtbaren Katastrophe auf der Wenzeslausgrube ist das Neuroder Bergbaurevier von einem neuen schweren Unglück betroffen worden. Die Katastrophe ereignete sich auf der Ruben-Grube der Neuroder Kohlen- und Tonwerke und forderte 7 Todesopfer.

Polnische Protestnote wegen der Stahlhelmkundgebung

Berlin. Die polnische Regierung hat, wie wir von unterrichteten Seite erfahren, Mittwoch eine Note überreichen lassen, in der wegen der Stahlhelmkundgebung in Breslau Protest erhoben wird. In hiesigen politischen Kreisen wird dazu darauf hingewiesen, daß es sich bei der Kundgebung des Stahlhelms um die Veranstaltung einer privaten Organisation gehandelt hat, auf die die Reichsregierung keinen Einfluß ausüben kann. Gleichzeitig wird betont, daß die Behauptung, die deutsche Regierung habe in Genf Zusicherungen bezüglich des Stahlhelmtages gemacht, unzutreffend ist.

Deutsch-polnische Einigung über Staatsangehörigkeitsfragen

Berlin. Wie wir von unterrichteten Kreisen erfahren, haben die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die Minderheiteneingabe Naumann-Graebe, die am 25. Februar 1929 dem Völkerbund überreicht wurde und über sonstige strittige Staatsangehörigkeitsfragen zu einer Verständigung geführt. Am 6. Juni wurde die Vereinbarung von beiden Regierungen bestätigt. Polen erkennt in einer Reihe von Fällen die polnische Staatsangehörigkeit von Unterzeichnern der Minderheiteneingabe an, während andererseits Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit von anderen Unterzeichnern anerkennt.

Stillegung der „Cap Polonio"

Hamburg. In Auswirkung der augenblicklichen schlechten Wirtschaftslage wird der bekannte Passagierdampfer „Cap Polonio" der Hamburg Süd aus dem Verkehr gezogen und im Hamburger Hafen aufgelegt. Das Dreischraubenschiff hat eine Größe von 20 000 Tonnen und gehört zu den bekanntesten Passagierdampfern auf der Strecke Hamburg—Buenos Aires.

Vorübergehende Festnahme Thälmanns

Berlin. Die Protestkundgebung gegen die Notverordnung, die Mittwoch von der KPD nach dem Sportpalast einberufen worden ist, begann erst nach 8½ Uhr abends. Von den 12 000 Besuchern wurden zahlreiche Personen nach Waffen durchsucht. Jedoch wurde nur ein Mann festgenommen, der eine Pistole mit 25 Schuß bei sich ühhrte. Als man Thälmann, der mit Münzenberg, Kunz und dem Landbundführer von Salomon auf der Rednerliste stand, nach Waffen durchsuchen wollte, weigerte er sich, eine Leibesvisitation an sich vornehmen zu lassen. Er wurde daraufhin durch einen Polizeioffizier dem zuständigen Polizeirevier zugeführt und nach erfolgloser Visitation wieder entlassen. Zu irgendwelchen Zusammenstößen ist es nicht gekommen.

Regierungserklärung des neuen belgischen Kabinetts

Brüssel. In der Donnerstag in Kammer und Senat verlesene Regierungserklärung heißt es, die Regierung wird die von den vorhergehenden Kabinetten befolgte außenpolitische Politik fortsetzen, sie wird ihrerseits aufrichtig an dem Werk des Friedens und des wirtschaftlichen Fortschritts, das sich im Völkerbund vollzieht, mitarbeiten. Sie wird jede Initiative, die den Schutz des belgischen Außenhandels im Auge hat, ergreifen und fördern. So freundschaftlich auch unsere Beziehungen zu den Nachbarstaaten sein mögen, muß Belgien doch in der Lage sein, seine Grenze zu verteidigen. Wir werden die Maßnahmen vorschlagen, die wir für notwendig halten, um das Land gegen jede etwaige Gefahr eines feindlichen Einfalls zu schützen und fordern die Kammer auf, die notwendigen Kredite für die „nationale Verteidigung" zu billigen.

Belagerungszustand in Peru

Lima. Die Regierung hat in ganz Peru den Belagerungszustand wieder eingeführt, weil die öffentliche Ordnung durch revolutionäre Bestrebungen bedroht sei. Im Zusammenhang mit dieser Maßnahme sind in Lima und Callao 55 Personen verhaftet worden.



Reichsgewerkschaft der Polizeibeamten

Die beiden Polizeibeamtenverbände, der Schrader-Verband und der Betnarek-Verband haben sich jetzt zu einer Reichsgewerkschaft zusammengeschlossen, zu deren Vorsitzenden der bisherige Präsident des Schrader-Verbandes, Schrader, gewählt wurde.

Polnisch-Schlesien

Nicht aus der Stube plaudern

Im menschlichen Leben kommen Dinge vor, über die nicht gesprochen wird. Es müssen nicht immer Geheimnisse sein, die man zu vertuschen pflegt, aber es sind unangenehme Sachen, die man am liebsten vergessen möchte, wenn es auch schwer fällt. Geheimnisse pflegen Frauen zu haben, die sonst sehr redselig sind. Viele haben auch tatsächlich Geheimnisse, andere wieder sind der Meinung, daß die Geheimtuerei, sie umso interessanter macht und interessant möchte gerne eine jede Evastochter sein. Das ist den Frauen angeboren worden und dagegen läßt sich nichts machen. Man muß sie so nehmen wie sie sind.

Wir wollen jedoch heute über andere „Geheimnisse“ reden, die zwar auch keine Geheimnisse sind, die aber im Interesse der betroffenen Menschen nicht an die große Glocke gehängt werden sollten. Vor uns liegt ein uninteressantes Blatt, das wir nur flüchtig durchsehen — „Wirtschaftskorrespondenz für Polen“, ein Organ der wirtschaftlichen Vereinigung für Polnisch-Schlesien. Das Blatt erscheint nur einmal in der Woche und das, was dort zu lesen ist, wird in kurzen Notizen bereits durch die Tagespresse veröffentlicht, besonders jene, die eine wirtschaftliche Beilage bringt und das tuen die meisten bürgerlichen Blätter. Deshalb ist das Blatt langweilig und interessant, aber die Redaktion bemüht sich das Blatt interessant zu gestalten. Das ist schließlich Pflicht einer jeden Redaktion, obwohl es manchmal schwer fällt, aus einer Nähnadel eine Mistgabel zu machen. In der letzten Nummer der „Wirtschaftskorrespondenz“ ist das aber der Redaktion gelungen. Wahrscheinlich ist sie darauf stolz, aber sie kann versichert sein, daß sie dafür keinen Dank ernten wird.

Die „Wirtschaftskorrespondenz“ veröffentlicht unter der Rubrik „Handelsgerichtliche Eintragungen“ sehr interessante Dinge. An erster Stelle stehen die „Offenbarungseide“, die durch verschiedene Personen in der Wojewodschaft geleistet wurden. Jeder Bürger der Schulden hatte und sie nicht bezahlen konnte oder wollte, wurde dort namentlich angeführt. Eine genaue Adresse wird auch angegeben und man gewinnt den Eindruck, daß diese Rubrik von der Handels-Auskunftsstelle zusammengestellt ist. Wir finden dort eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten aus den Handelskreisen und Privatpersonen, aus allen möglichen Gemeinden des Industriebezirkes, die sich nicht besonders freuen werden, wenn sie in der Zeitung ihren Vor- und Zunamen, Ort, Straße und Hausnummer vorfinden. Gewiß ist es schön, wenn man den eigenen Namen in der Zeitung sieht, aber nicht dann, wenn man den Offenbarungseid geleistet hat, denn das tut kein Mensch gerne und wenn er einmal einen solchen Eid geleistet hat, dann möchte er das sicherlich in die Welt nicht hinausschreien.

Offenbarungseide gehören zum Teil der Handelsbranche an und man kann schon verstehen, wenn diese Dinge in einem Handelsblatt veröffentlicht werden, aber nach den Offenbarungseiden finden wir gleich eine zweite sehr interessante Rubrik, die mit Handelsgeschäften nicht das geringste zu tun hat. Der zweite Artikel unter derselben Rubrik ist betitelt: „Haftbefehle“. Haftbefehle werden gegen Personen herausgegeben, die eine Gefängnisstrafe wegen Vergehen oder Verbrechen abzusitzen haben. Für Handelssachen geht man nicht sitzen. Solche Rubriken passen in eine Gerichtszeitung, oder ein Polizeiorgan, aber doch nicht in ein Handelsblatt. Und wiederum folgt eine stattliche Zahl von Namen und genauen Adressen, der armen Teufels, die da eine Zeitlang auf Staatskosten versorgt werden. Wir finden auch hier eine Reihe bekannter Namen, selbst angesehener Persönlichkeiten, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind.

Eine dritte Rubrik, die wohl eher in ein Handelsblatt gehört, sind die Konkurseröffnungen. Pleite machen, ist heute nicht mehr entehrend und wir sind überzeugt, daß es sich um „ehrliche Pleiten“ handelt, bei welchen die Betreffenden nicht mehr „pfeifen“ konnten. Andere Pleiten sind heute angesichts der Kreditschwierigkeiten garnicht denkbar.

Wie bereits oben ausgeführt, will die Redaktion das Blatt interessant gestalten und daher hat sie die „Offenbarungseide“ und die „Haftbefehle“ veröffentlicht. Jeder, der dort zu stehen kommt, „interessiert“ sich für das Blatt, richtiger, er ärgert sich und spuckt Galle. Das wurde auch beabsichtigt, wahrscheinlich um den Leserkreis zu erweitern.

Veröffentlichung des neuen Alkoholgesetzes

Im Dziennik Ustaw Nr. 51 wurde der Text des neuen Antialkoholgesetzes veröffentlicht, das schon am 18. Juni d. Js. in Kraft treten wird. Im Gegensatz zu dem früheren Antialkoholgesetz, das die Zahl der Alkoholverkaufsstellen im Verhältnis zu der Bevölkerung regelt, legt das neue Gesetz eine feste Zahl von 20 000 Alkoholverkaufsstellen fest. Diese Zahl wird auf die einzelnen Wojewodschaften durch eine Verordnung des Finanz- und Innenministers verteilt werden. Außerdem wird in dem neuen Gesetz bestimmt, daß an Sonn- und Feiertagen der Alkoholverkauf nur in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags untersagt ist.

Das Finanzministerium übersandte dem Innenministerium, dem Verkehrsministerium und dem Justizministerium den Entwurf der Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Alkoholgesetz. Die Ausführungsbestimmungen sehen die Kassierung von 1155 Alkoholverkaufsstellen mit dem 1. Juli 1932 vor, da diese Anzahl der Verkaufsstellen die gesetzlich zulässige Zahl der Alkoholverkaufsstellen übersteigt.

Karkoschka abgesägt

Herr Urbanowicz Gemeindevorsteher in Rosdzin-Schoppinitz.

Gestern hat die bereits angekündigte Gemeideratssitzung in Rosdzin-Schoppinitz stattgefunden, die sich mit der Wahl des neuen Gemeindevorstehers für die vereinigten Gemeinden Rosdzin-Schoppinitz befaßt hat. **Zum Gemeindevorsteher wurden der Beamte vom Zaklad Ubezpieczen in Königshütte, Herr Urbanowicz, gewählt.**

Die Sitzung wurde von dem gewesenen Gemeindevorsteher Binioschek eröffnet. Zuerst wurden 6 neue Schöffen eingeführt und 2 neue Gemeindeväter, die an Stelle der Zurückgetretenen kamen. Dann schritt man zur Wahl des neuen Gemeindevorstehers. Im ersten Wahlgange erhielt Herr Urbanowicz 10 Stimmen, Binioschek 8 Stimmen, der Sanacjaposel Karkoschka 6 Stimmen, Baron und Kupilas je 2 Stimmen. Eine Mehrheit wurde nicht erzielt und eine Stichwahl mußte vorgenommen werden. **Im zweiten Wahlgang erhielt Herr Urbanowicz 18 Stimmen und der Sanacjaposel Karkoschka 9 Stimmen.** Somit wurde Herr Urbanowicz zum Gemeindevorsteher der vereinigten Gemeinden gewählt.

Die Sitzung hat einen ruhigen Verlauf genommen. Zu bemerken wäre nur, daß die „maßgebenden Stellen“ bis zuletzt eine intensive Propaganda, zugunsten des Sanacjaposels Karkoschka geführt haben und gaben zu verstehen, daß keine andere Kandidatur bestätigt wird. Die Gemeindevertreter ließen sich dadurch nicht beirren, sondern wählten Urbanowicz.

Die schlesische Arbeiterschaft und der Demobilmachungskommissar

Mißtrauen der Arbeiter — Die dreimalige Enttäuschung — Der Demobilmachungskommissar und das Betriebsrätegesetz — Es geht der Verschlechterung entgegen

Das Betriebsrätegesetz und die Demobilmachungsvorschriften stammen bekanntlich aus der Revolutionszeit, nach Beendigung des Weltkrieges. Beide Gesetze sind weitgehend und zielen darauf hinaus, die „Herrenrechte“ des Kapitalisten in dem Industriebetrieb einzuschränken. Der Gesetzgeber ist hier von der richtigen Voraussetzung ausgegangen,

daß der Arbeiter ein Kapital für die Allgemeinheit

darstellt und er darf der Willkür eines Kapitalpaschas nicht ausgeliefert werden. Das Betriebsrätegesetz verschafft der Betriebsbelegschaft gewisse Rechte im Betrieb, die sich hauptsächlich auf Arbeiterreduzierungen, Feierschichten, Ausführung der Lohnverträge und Arbeitseinteilung beziehen. Diese Rechte der Belegschaft werden durch eine besondere Vertretung, den Betriebsrat, ausgeübt.

Wenn man das Betriebsrätegesetz liest, so gewinnt man den Eindruck,

daß die Autoren des Gesetzes die schwere Zeit, in der sich gegenwärtig die Arbeiterschaft befindet, vorausgesehen

haben. Sie haben vorausgeahnt, daß eine schwere Zeit für die Industriearbeiterschaft anbrechen kann und wollten die Arbeiter nicht schutzlos lassen. Wenn wir heute das Betriebsrätegesetz in der schlesischen Wojewodschaft nicht hätten, dann wäre es um die Arbeiterklasse viel schlimmer bestellt, als es bereits der Fall ist.

Neben dem Betriebsrätegesetz wurden die Demobilmachungsvorschriften herausgegeben, die eigentlich eine Ergänzung des Betriebsratsgesetzes darstellen. Die Demobilmachungsvorschriften stellen noch der Arbeiterschaft

Hilfe des Staates in Aussicht,

besonders, wenn es sich um Schließung von Industriebetrieben, um Arbeiterentlassungen in großen Gruppen handelt. Zwecks Ueberwachung der gesetzlichen Vorschriften wurde eine besondere Institution — der Demobilmachungskommissar, geschaffen. Auf solche Art wollte man die Rechte der Arbeiterschaft im Betrieb und außerhalb des Betriebes sichern.

Polen hat diese Gesetze, samt dem Demobilmachungskommissar von Deutschland, bei der Verteilung Oberschlesiens übernommen und hat sich verpflichtet,

diese Gesetze zu achten und sie nicht zu schmälern.

Der polnische Staat hat hier etwas besonderes geerbt, das ihm weitgehende Rechte über die Arbeitsbedingungen, Arbeiterlöhne, Betriebsführung und Einstellung der Betriebe, Arbeiterentlassungen, gewährt. Das sind weitgehende Rechte, aber die Pflichten der Allgemeinheit gegenüber sind nicht minder groß. Wie gebraucht der Staat diese seine Rechte?

Wir bringen in der letzten Zeit alle paar Tage Meldungen wie: „Neue Arbeiterreduzierung“ oder zur Abwechslung, „Der Demobilmachungskommissar reduziert“. Wir leben in der Wirtschaftskrise und da sind Arbeiterreduzierungen unvermeidlich. Diese Anschauung wird auch wahrscheinlich von dem Arbeitsministerium geteilt, dem der Demobilmachungskommissar unterstellt ist.

Der Letztere fährt öfters nach Warschau, um sich Instruktionen zu holen, besonders, wenn größere Arbeiterreduzierungen bevorstehen.

Dann wird eine Konferenz mit der Verwaltung und dem betreffenden Betriebsrat abgehalten und der Demobilmachungskommissar „entscheidet“. Er stimmt entweder dem Antrage der Verwaltung zu oder verschiebt die Entscheidung, um die Dinge an Ort und Stelle zu prüfen. Der Betriebsrat und die Gewerkschaften widersetzen sich ganz energisch der Reduktion, aber das wird nicht berücksichtigt. Der Demobilmachungskommissar ist jedesmal von der

„Notwendigkeit der Reduktion“

überzeugt und handelt im besten Falle einige Arbeiter ab, um den Beweis zu erbringen, daß er seine Aufgabe sehr ernst auffasse.

Geht er daran, die Dinge an „Ort und Stelle zu überprüfen“, so hat das nichts zur Sache, denn nach der „Prüfung““ erfolgt immer ein Abbau der Arbeiter. Die „Prüfung“ ist eigentlich als Beschwichtigungsaktion gegenüber der aufgeregten Arbeiterschaft gedacht, denn man will den Anschein erwecken, daß man sich ehrlich bemüht hat, der Sache auf den Grund zu gehen.

Das ist alles Bluff und nichts mehr. Schließlich, was kann man an einem oder zwei Tagen in einem großen Betrieb „überprüfen“. Etwa die Rentabilität des Betriebes? Das sind Scherze, die auf Naivität berechnet sind. Will man eine Rentabilität in einem großen Industriewerk feststellen, so muß man sich ordentlich auf die Hosenfalten hinsetzen und gründliche Arbeit leisten, die nicht nur Tage, sondern Wochen erfordert. Dazu gehören geübte Fachleute, die die Buchführung, Kalkulation und die Marktlage gründlich beherrschen. Wir wollen den Demobilmachungskommissaren die Fähigkeiten nicht absprechen, aber zur Durchführung einer solchen Rentabilität gehören besondere Fachleute und das sind „unsere Demobilmachungskommissare“ nicht.

Wir fragen daher, wozu diese ganze Komödie mit der Ueberprüfung der Sache an Ort und Stelle, wenn tatsächlich nichts überprüft wird?

Muß man unbedingt den Arbeitern und der Oeffentlichkeit Sand in die Augen streuen?

Wir haben wiederholt feststellen müssen, daß die Institution der Demobilmachungskommissare bei uns völlig versagt hat. Bis jetzt hatten wir nach der Uebernahme drei Demobilmachungskommissare gehabt und zwei von ihnen sind bereits Industriedirektoren geworden. Schon allein diese Tatsache liefert den besten Beweis dafür, wem diese Institution Helferdienste leistet.

Der Demobilmachungskommissar ist bei uns sozusagen die Deckung für die Schachzüge der Kapitalisten.

Anstatt vermittelnd zu wirken und die Reibungen zwischen Kapital und Arbeit zu mildern, wird den Kapitalisten der Anschlag auf die Rechte der Arbeiter erleichtert.

Die Arbeiter haben auch jegliches Vertrauen zu dem Demobilmachungskommissar verloren

und das sprechen die Arbeiter offen in ihren Versammlungen aus. Das ist eine traurige Tatsache und wir unterstreichen hier,

daß der Gesetzgeber die Aufgabe der Demobilmachungskommissare ganz anders aufgefaßt hat.

Bis jetzt haben wir noch nicht gehört, daß der Demobilmachungskommissar sich

gegen den unglaublichen Ausbau der Werksverwaltungen

gewendet hätte. Bei einer jeden „Ueberprüfung“ der Reduktionsnotwendigkeit, drängt sich diese Frage selbst ungewollt auf. Eine Verwaltung, die erst frisch einen neuen Generaldirektor mit einer halben Million Zloty Gehalt angestellt hat, will Arbeiter reduzieren. Da müßte sofort der Demobilmachungskommissar der Verwaltung eine solche Anstellung vorhalten, denn, wenn schon reduziert werden soll, so war die Neuanstellung einer solchen kostspieligen Kraft überflüssig. Die Gruben- und Hüttenwerke haben die Absatzsyndikate, die für den Absatz sorgen. Wozu braucht die Verwaltung in solchen Fällen mehrere Direktoren, wenn andere Direktoren und Generaldirektoren für den Absatz sorgen? Wurde selbst eine neue teure Verwaltungskraft nicht angestellt, dann ist noch eine andere Frage zu beantworten: Wenn 500 Arbeiter, oder mehr noch, reduziert werden, warum reduziert die Verwaltung nicht die hohen Beamten, die mit ihren Bezügen die Unkosten so fürchterlich belasten? Ein Werk, wie die Bleischarleygrube, welche annähernd 4000 Arbeiter abgebaut hat, hat keinen einzigen von den Direktoren entlassen und auch keinen von den übrigen, gut bezahlten Verwaltungsbeamten. Solange der Demobilmachungskommissar diese Unsitte dulden wird und dagegen keinen Einspruch erhebt, muß er darauf gefaßt sein, daß er das Vertrauen der Arbeiterschaft nicht gewinnen wird.

Für die Rentabilität eines jeden Betriebes ist die erste Voraussetzung, daß die Verwaltungsgehälter in einem angemessenen Verhältnis zum Umsatz bleiben.

Bei uns fressen die Verwaltungsgehälter alles auf und dann werden die Arbeiter bei der Arbeit bis zum Tode gehetzt, um das herauszuschlagen, was die Direktorengehälter verschlungen haben.

Wir stellen mithin fest, daß

das Arbeitsministerium die Demobilmachungsvorschriften nicht richtig anwendet.

Sie werden nicht im Sinne des Gesetzgebers gehandhabt, sondern einseitig, zugunsten der Unternehmer. Die Arbeiter haben das Spiel durchblickt, und sie geben ihrer Entrüstung Ausdruck, indem sie in Massenversammlungen dem Demobilmachungskommissar ihr Mißtrauen aussprechen und Hungerdemonstrationen veranstalten.

Blutiger Verlauf einer Arbeitslosendemonstration in Rosdzin-Schoppinitz

Am gestrigen Nachmittag war in der alten Brauerei in Rosdzin-Schoppinitz eine Arbeitslosenversammlung einberufen worden, wobei zu den Streichungen der Unterstützungssätze Stellung genommen werden sollte. Ein starkes Polizeiaufgebot drang in den Garten vor dem Gebäude ein und begann, die Arbeitslosen mit Gewehren und blankgezogenen Säbeln auseinander zu treiben. Einige der Demonstranten, die laut nach Brot und Arbeit riefen, wurden verletzt. Einer der Verletzten mußte in einer Kutsche fortgeschafft werden. Vom Brauereigarten ging die Jagd die Straßen entlang dahin, was ein recht wüstes Bild bot. Die gehetzten Arbeitslosen stürzten sich vor der attaquierenden Polizei in die Einfahrten der umliegenden Häuser. Erst gegen 6 Uhr abends war die Ruhe wieder hergestellt. Jedoch fanden sich überall noch Gruppen ein, die gegen das radikale Einschreiten der Polizei protestierten. —h.

Kattowitz und Umgebung

Mit der Axt in brutaler Weise mißhandelt.

Das Kattowitzer Landgericht beschäftigte sich am gestrigen Donnerstag mit einer Prozeßsache gegen vier junge Leute, welche sich vor einigen Monaten in Gieschewald schwere Körperverletzung zu schulden kommen ließen. Aus der gerichtlichen Beweisaufnahme war nachstehendes zu entnehmen: In einem Hause in Gieschewald kam es zwischen den Töchtern zweier Familien zu Auseinandersetzungen. Bald mischte sich der Vater einer der Parteien, ein gewisser Kroczek, ein, um die Ruhe wieder herzustellen. In einem Wutanfall schlug er eines der streitenden Mädchen und zwar die Luzie Rosmus. Der Bruder des mißhandelten Mädchens schwor Kroczek Rache. Er setzte sich mit weiteren jungen Leuten in Verbindung. Eines Tages erschienen die Burschen, von den einer sogar eine Axt mitführte, vor der Wohnung des Kroczek und machten dort Radauszenen. Der Wohnungsinhaber begab sich auf den Korridor,

um nach dem Rechten zu sehen. In dem Moment fielen die Täter über Kroczek her, wobei ein gewisser Jan Kiszka dem Ueberfallenen mit der Axt mehrere Schläge auf den Kopf versetzte, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. In bewußtlosen Zustand wurde der Verletzte nach dem Spital gebracht, wo er zwecks ärztlicher Behandlung mehrere Wochen verweilte.

Vor Gericht versuchten die Angeklagten, die ganze Angelegenheit anders darzustellen, wurden jedoch durch die Zeugenaussagen belastet. Das Urteil lautete für vier Beklagte wegen schwerer Körperverletzung auf je 6 Monate Gefängnis bei Zubilligung einer Bewährungsfrist für die Zeitdauer von 2 Jahren. Das milde Strafausmaß wurde damit begründet, daß die Angeklagten bis dahin unbestraft gewesen sind. Einer der Angeklagten, der minderjährige Karl W., kam mit einem Verweis davon, während der mitangeklagte Max Rosmus mangels genügender Beweise freigesprochen werden mußte. y.

Sonntagsdienst der Krankenkassenärzte. Von Sonnabend, den 13. Juni, 2 Uhr nachmittags, bis Sonntag, den 14. Juni, 12 Uhr nachts, versehen folgende Kassenärzte den Dienst: Dr. Bloch, Marjacka 7, Dr. Hurtig, 3-go Maja 5.

Schwerer Verkehrsunfall. Am gestrigen Donnerstag, gegen 9 Uhr vormittags, ereignete sich auf der ulica Marszalka Pilsudskiego in Kattowitz ein schwerer Verkehrsunfall. Kurz vor dem Heranfahren eines Personenautos, versuchte die 9jährige Irene Farnalik aus Kattowitz, die Straße zu überqueren. Das Kind wurde vom Kotflügel erfaßt und mit Wucht gegen den Bordstein geschleudert. Das Mädchen erlitt, außer verschiedenen inneren Verletzungen, einen Arm- und Beinbruch. In hoffnungslosem Zustand wurde die Verunglückte nach dem städtischen Krankenhaus überführt. Das Mädchen ist inzwischen den Verletzungen erlegen. y.

Böse Folgen kindlichen Leichtsinns. In der Nähe der Ziegelei im Park Kosciuszki vergnügten sich mehrere Kinder, indem sie dort auf einem Kippwagen das Schienengleis nach dem Schacht hinunterfuhren. Plötzlich kam der Wagen ins Kippen, wobei der etwa 9jährige Adolf Kilka erhebliche Quetschungen an den Beinen und an den Händen erlitt. Mittels Auto der Rettungsbereitschaft, wurde der Verunglückte nach dem städtischen Spital geschafft. y.

Unerwünschter „Besuch". In Abwesenheit des Fleischermeisters Paul Liszka auf der ulica Zielona 14 drangen unbekannte Täter in dessen Wohnung und stahlen dort Anzüge, Kalbschuhe usw. Der Sachschaden konnte bis jetzt nicht festgestellt werden. x.

Die günstige Gelegenheit. Auf der ulica Pocztowa wurde dem Konrad Reuther von der ulica Wojciechowskiego, im Ortsteil Zalenze, ein Herrenfahrrad, Marke „Royal", im Werte von 100 Zloty, gestohlen. Vor Ankauf wird polizeilicherseits gewarnt. x.

Der Dieb im Kattowitzer Lehrgarten. Der Hüttenarbeiter Jan Wolny aus Kattowitz, machte der Polizei darüber Mitteilung, daß ihm im Kattowitzer Lehrgarten an der verlängerten Bankowa eine Herrenuhr Marke „Glashütte", gestohlen wurde. Der Wert der Taschenuhr wird auf 160 Zloty beziffert. y.

Der tägliche Fahrraddiebstahl. Am Kattowitzer Marktplatz, wurde zum Schaden des Franz Sorek aus Brzezinka, ein Herrenfahrrad, Marke „Opel-Flitzer", Nr. 1 596 079, gestohlen. Der Dieb schwang sich auf das Fahrrad und verschwand in Richtung Domb. Vor Ankauf wird gewarnt. y.

Aus Not zum Betrüger geworden. Am gestrigen Donnerstag wurde vor der Strafkammer des Landgerichts gegen den Privatbeamten Rudolf P. aus Kattowitz, wegen fortgesetzter Betrügereien, verhandelt. Er ließ sich in diversen Geschäften auf Kredit Wertgegenständen aushändigen, indem er angab, in fester Stellung zu sein und eine regelmäßige Ratenzahlung erfolgen würde. P. kam jedoch seinen Verpflichtungen, gegenüber den Lieferanten, nicht nach. Die erhaltenen Wertsachen lieferte er in der Pfandleihanstalt ab und ließ sich hierfür entsprechende Beträge auszahlen. Auf solche Weise fristete P. den Lebensunterhalt mit seiner Familie, welche seit längerer Zeit, infolge Arbeitslosigkeit, in große Not geraten war. Die Geschädigten strengten gegen P. wegen Betrug eine Anzeige an. Vor Gericht war der Angeklagte geständig und gab an, Opfer der schweren Wirtschaftskrise geworden zu sein. Er führte weiter aus, daß es ihm inzwischen gelungen sei, den Posten eines Geschäftsreisenden zu übernehmen. Er erklärte sich bereit, den verursachten Schaden wieder gutzumachen. Nach Vernehmung mehrerer Zeugen ergriff der Staatsanwalt das Wort, welcher in dem vorliegenden Falle ein mildes Strafausmaß und zwar von nur 3 Monaten Gefängnis beantragte. Nach einer kurzen Beratung schloß sich das Gericht dem Antrag des Anklagevertreters an und verurteilte den Beklagten zu einer 3monatigen Gefängnisstrafe, bei Zubilligung einer Bewährungsfrist für die Zeitdauer von 3 Jahren. y.

Tätigkeitsbericht des Gewerbegerichts. Der Kattowitzer Magistrat teilt mit, daß im Berichtsmonat Mai beim städtischen Gewerbegericht in Kattowitz 3 Sitzungen abgehalten wurden. Zur Erledigung kamen 46 Streitsachen und zwar 6 Streitsachen durch Einigung, 5 Anträge durch Versäumnisurteil, 21 Streitsachen durch endgültiges Urteil, sowie 14 Anträge auf andere Art. Eingelaufen sind im gleichen Monat zusammen 38 neue Streitsachen. y.

Von der städtischen Gartenbauverwaltung. Nach erfolgter Impfung wurden die vor einigen Wochen von der Geflügelcholera befallenen Schwäne, Enten, russischen Gänse usw. wieder am Teich im Park Kosciuszki in Kattowitz ausgesetzt. Leider sind 2 Schwäne, sowie 2 Pfaue, durch die Seuche verendet. y.

Zawodzie. (Von einem Baugerüst abgestürzt.) Bei Vornahme von Maurerarbeiten am Neubau des Schulgebäudes im Ortsteil Zawodzie verunglückte der Maurer Josef Szimek. Sz. stürzte von einem Baugerüst und erlitt, infolge des Aufpralls auf das Straßenpflaster, Verletzungen im Gesicht und an den Beinen. Es erfolgte die Einlieferung in das Krankenhaus in Kattowitz. y.

Zalenze. (Einbruch in einen Konsum.) In der Nacht zum 10. d. Mts., wurde in den Konsum „Rosdzin-Schoppinitz" ein Einbruch verübt. Die Täter öffneten gewaltsam die eiserne Tür und rangen mittels Nachschlüssel in das Innere der Lagerräume. Gestohlen wurden u. a. Lebensmittel und Rauchwaren, im Werte von etwa 750 Zloty. x.

Die Belegschaft der Baildonhütte protestiert. Am 6. Juni fand in der Baildonhütte in Kattowitz eine Belegschaftsversammlung statt. Dieselbe war von über Tausend Arbeitern besucht. Nach dem Anhören der Berichte von seiten der Betriebsräte, wurde folgende Resolution angenommen. Resolution: Die Belegschaft der Baildonhütte protestiert energisch gegen das Einsetzen der vielen Feierschichten, in den verschiedenen Abteilungen, denn das bedeutet nicht ein Ersparnis und Beseitigung der Wirtschaftskrise, da der gesamte Beamtenapparat weiter in den Betrieben bleibt. Ferner protestieren die Versammelten gegen die vielen Feierschichten in den Reparaturwerkstätten und verlangen, wenn die anderen Abteilungen arbeiten, daß auch die Reparaturwerkstätte arbeiten soll, da die Vernachlässigung der Reparaturen, sehr schlimme Folgen für den Gesamtbetrieb hat. Die Belegschaft protestiert ferner gegen eine weitere Reduzierung von Arbeitern in der Hütte. Sie ist der Meinung, daß eine Reduzierung der höheren Beamten am Platze wäre, die 15 Prozent der Belegschaft ausmachen müßte. Die versammelten Arbeiter appellieren an die Behörden und Regierungsinstanzen, sie mögen auf die Verwaltung einen Druck ausüben, damit dieselbe im Interesse der schweren Wirtschaftslage der Arbeiter, die Administrationskosten begrenzt. Die hohen Gehälter und Tantiemen, betrachten wir als eine Provokation gegenüber den Kurz- und Vollarbeitslosen. —a.

Aus der Arbeiterfront!

Der Demobilmachungskommissar reduziert weiter — Der Fachausschuß greift ein — Ueberfälle auf Straßenbahnwagen in Warschau

Gestern fand wieder eine Konferenz beim Demobilmachungskommissar statt, die sich mit Arbeiterreduzierungen befaßte. Ein Antrag der Hubertushütte lag vor, die 300 Arbeiter reduzieren wollte. Der Demobilmachungskommissar wollte die Notwendigkeit der Arbeiterreduzierung an Ort und Stelle „prüfen". Die Arbeiter planten eine Demonstration gegen die Reduzierung und den Demobilmachungskommissar. Das hat der Demobilmachungskommissar in Erfahrung gebracht und ist nach Hohenlinde nicht gefahren. Mithin wurde gestern die Entscheidung **ohne vorherige „Ueberprüfung"** gefällt. Die Arbeiter vom Betriebsrat haben sich ganz energisch einer weiteren Arbeiterreduzierung entgegengestellt, desgleichen auch die Gewerkschaftsführer. Der Arbeiterprotest blieb unberücksichtigt, und der Herr Demobilmachungskommissar erteilte der Direktion eine Genehmigung zur „Beurlaubung" von 180 Arbeitern in der Konstruktionsabteilung und zur „Beurlaubung" von 17 Arbeitern in der Tischlerwerkstätte. Zumal die Eisengußabteilung schon längere Zeit feiert, hat der Demobilmachungskommissar die Genehmigung erteilt, auch aus dieser Abteilung 63 Arbeiter zu „beurlauben". **Es wird mithin nicht mehr reduziert, sondern „beurlaubt".** denn das klingt besser, kommt aber auf eins heraus, denn der „Urlaub" wird nicht bezahlt und die Arbeiter liegen auf der Straße.

Die Elektrolitwerke vor dem Fachausschuß.

Wir haben bereits berichtet, daß in den Elektrolitwerken in Schoppinitz ein Streit ausgebrochen ist, zumal die Direktion die Arbeiter aufforderte, nicht mehr 6, sondern 12 Wannen für dasselbe Geld zu bedienen. Die Arbeiter haben das Ansinnen mit der Begründung abgelehnt, daß sie diese Arbeit nicht schaffen können. Daraufhin hat die Verwaltung die Arbeiter ausgesperrt. Auf Intervention des Arbeitsinspektors hat die Verwaltung die Aussperrung zurückgezogen und der Streit wurde dem Fachausschuß zur Entscheidung überwiesen. Gestern hat sich der Fachausschuß damit befaßt und den Streit einer direkten Verhandlung der Verwaltung mit den Arbeitern und Gewerkschaften zur Erledigung überwiesen. Der Streit muß binnen einer Woche geschlichtet werden, und wird das nicht der Fall sein, dann entscheidet endgültig der Fachausschuß.

Eine Arbeiterdelegation fährt nach Warschau.

Im Zusammenhang mit der bedrohlichen Situation in der Metallindustrie und der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung hat sich gestern eine Arbeitergewerkschaft nach Warschau begeben, um im Arbeitsministerium zu intervenieren. Die Delegation wird dem Arbeitsminister über die schwere Lage der Arbeiter in der Schwerindustrie berichten und auf Abhilfe drängen.

Streikende in Warschau.

Sechs Arbeitergewerkschaften haben durch ein Flugblatt die streikenden Arbeiter der Kommunalbetriebe zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert, weil der Magistrat alle Forderungen der Arbeiter erfüllt hat. Die Situation ist vorläufig noch nicht klar, weil die Arbeiter Mißtrauen hegen. Alle Wagenschuppen wurden durch starke Polizeiabteilungen besetzt, weil man Ruhestörungen bei der Arbeitsaufnahme durch die Kommunisten befürchtete. Als einige Wagen der elektrischen Straßenbahn hinausgefahren sind, wurden sie von den Kommunisten beschossen. In Praga, einem Stadtteil, drangen die Kommunisten in den Wagen, trieben die Fahrgäste heraus und verprügelten den Wagenlenker, wobei sie ihm 4 Rippen gebrochen haben. Auch ein Polizist wurde verwundet. Auch an drei weiteren Stellen wurden Ueberfälle auf Straßenbahnwagen ausgeführt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. U. a. wurde Ostrowski, die rechte Hand des kommunistischen Sejmabgeordneten Burzynski, verhaftet.

Königshütte und Umgebung

Verteilung des Wassergeldes auf die Mieter.

Trotz der Erhöhung des Wasserpreises, seitens der Stadtverwaltung, bleibt die Berechnung des Wassergeldes für die Mieter nach folgenden Grundsätzen bestehen: für jedes Wohnzimmer 1 Punkt, für jedes 5. Wohnzimmer 2 Punkte, für jedes 6. Zimmer 3 Punkte usw., für jede Person 1 Punkt. Wenn in einer Familie mehrere Kinder unter 14 Jahren vorhanden sind, dann wird höchstens für 2 Kinder 1 Punkt berechnet. Für jeden Abort mit Wasserspülung 2 Punkte, für jede Badekammer 5 Punkte, für jeden Garten bis zu 10 Quadratmeter 1 Punkt, wenn er gesprengt wird, jede weiteren 10 Quadratmeter werden mit einem Punkt bewertet, für jeden Laden mit 30 Quadratmeter Größe 1 Punkt, für jeden weiteren 10 Quadratmeter 1 Punkt, ein Pferd 3 Punkte, eine Droschke 2 Punkte, für ein Personenauto 5 Punkte, ein Lastauto 3 Punkte, für eine Kuh 3 Punkte, eine Ziege 1 Punkt, ein Schwein 1 Punkt, eine Gans oder Ente 2 Punkte, für ein Hund, nicht Wachhund, 1 Punkt, gewerbliche Räume, z. B. Restaurants, Kaffees, Bäckereien usw. unterliegen nicht obigem Tarif, dafür erfolgt eine Bezahlung, auf Grund besonderer Verträge, die zwischen dem Hausbesitzer und dem Mieter, unter Zuziehung von seitens der Mieter gewählten Vertrauensmännern abgeschlossen werden.

Für Amortisation und Reparaturen, außer dem Ankauf von Wasserhähnen, ist es dem Hausbesitzer erlaubt, die ihm zugestellte Rechnung für verbrauchtes Wasser um 15 v. H. zu erhöhen.

Auf Grund der Rechnung des städtischen Betriebsamtes und des 15prozentigen Zuschlages wird die Gesamtsumme nach dem obigen Tarif auf jeden einzelnen Mieter verteilt. Dies bewirkt der Hausbesitzer in Anwesenheit von 2 bis 3 Vertrauensmännern, die von allen Mietern des Hauses gewählt werden. Wenn die Vertrauensmänner sich nach Einladung, seitens des Hauswirts zur Verteilung nicht stellen, dann steht es dem Hausbesitzer frei, die Rechnung selbst auf die Mieter zu verteilen und diese sind dann verpflichtet, die Rechnung und die Verteilung den Mietern vorzuzeigen. m.

Die Geschäftsstelle des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Königshütte hat eine neue Telephonnummer und zwar 381.

Eine dringende Notwendigkeit. Ebenso wichtig, wie die wöchentliche Veröffentlichung des Apothekendienstes, ist die Bekanntgabe des Sonntagsdienstes der dienstversehenden Aerzte. Leider findet dieses in Königshütte noch nicht statt, was wiederum in Kattowitz und anderen Städten und Gemeinden gang und gäbe ist. Es werden uns Fälle benannt, wo Personen an Sonn- und Feiertagen stundenlang einen Arzt zur Hilfeleistung suchten. Diesem Uebel ließe sich sehr gut abhelfen, wenn die Aerzte den Sonntagsdienst, sowie die Apotheken, veröffentlichen würden. Wir glauben, annehmen zu können, daß dem berechtigten Wunsche der Bevölkerung Rechnung getragen wird. m.

Ein arger Reinfall eines Giranten. Kaufmann David Zaharjasz von der ulica Mielenskiego 41, hatte, trotz eines Schuhwarengeschäftes an der ulica Jagiellonska, mit Geldschwierigkeiten zu kämpfen. Um zu dem notwendigen Gelde zu kommen, machte er sich einer schweren Wechselfälschung schuldig, indem er den Schneidermeister Alois Scheibert aus Königshütte in betrügerischer Weise dazu brachte, ihm einen Wechsel von 25 000 Zloty zu girieren. Dieser sagte aber das Giro unter der Bedingung zu, wenn sein Schwiegervater, ein gewisser Lellner aus Petrikau, girieren wird. Der Schwiegervater ließ sich jedoch zur Unterschrift nicht bewegen. Daraufhin fälschte Z. die Unterschrift unter dem Wechsel seines Schwiegervaters, worauf auch Kaufmann Scheibert seinen Namen unter den Scheck hergab. Das daraufhin erhaltene Geld wurde Z. bald zum Verhängnis, denn als der Wechsel fällig wurde, wurde H. von der Fälschung in Kenntnis gesetzt. Kurz darauf erfuhr dies auch Scheibert, dem nichts anderes auf Grund des Reinfalles, übrig bleiben wird, als die Wechsel auszukaufen. Sch. erstattete bei der Polizei Anzeige, die die Verhaftung des Z. vornahm. m.

Geldverluste. Während der Fahrt von der Hohenlinder Grenze nach der Markthalle, wurden der Frau M. G. aus Königshütte von einem Unbekannten, aus dem Handtäschchen für 1000 Zloty Dollarscheine gestohlen. Der Täter konnte nicht ausfindig gemacht werden. — In einem anderen Falle betrog ein gewisser Franz S. aus Lublinitz den Königshütter Bürger T. L., um einen Geldbetrag von 100 Zloty. L. erstattete bei der Polizei Anzeige. m.

Einbruch. In der Nacht drangen Unbekannte in die Volksbibliothek an der ulica Bytomska ein, schnitten eine Fensterscheibe aus und gelangten so in das Innere des Zimmers. Neben der Mitnahme von verschiedenen Büchern, entwendeten sie eine Kasse mit 60 Zloty. m.

Siemianowitz

Ausstellung der Schülerzeichnungen. Die Knaben und Mädchen der höheren deutschen Schule stellen am Sonntag, den 21. Juni, ihre Zeichnungen in der Schule aus.

Straßenbahnbau Czeladz-Siemianowitz. Zwischen Czeladz und Siemianowitz soll eine Straßenbahn gebaut werden. Mit den Feldbesitzern, wo die neue Straßenbahn geleitet werden soll, wurden Verhandlungen eingeleitet, doch ist der Bau der Straßenbahn, von dem Bau einer Chaussee zwischen Siemianowitz und Czeladz abhängig. Ohne diese Chaussee kam die Straßenbahn nicht gebaut werden. Die Gemeinde Siemianowitz hat ein großes Interesse an dem Bau der Straßenbahnlinie, besonders aber die Kaufleute, die sich davon viel versprechen.

Die Einwohnerzahl. Nach der letzten Zählung weist die Gemeinde Siemianowitz eine Einwohnerzahl von 39 150. Zum 40 000 Einwohner fehlt nicht mehr viel und bis die Gemeinde offiziell zur Stadtgemeinde erhoben wird, dürfte die letzte Zahl erreicht werden.

Myslowitz

Geschenk für eine Sanacja-Genossenschaft.

Von dem Myslowitzer Stadion haben wir bereits viel geschrieben, besonders als es noch im Bau begriffen war. Die Bauarbeiten hat der Stadtbaurat Kozlik auf Rechnung und Gefahr der Stadt ausgeführt. Allerdings schon damals, hat sich eine Genossenschaft gebildet, die angeblich die Auftraggeberin war, aber die Genossenschaft hatte kein Geld und hat die Baukosten der Stadt Myslowitz überlassen. Es ist dann später gelungen, eine Subvention von der Wojewodschaft für den Bau des Stadions zu erlangen, aber nicht für die Genossenschaft, sondern für die Stadt Myslowitz, die auch die Garantie für das Grundstück und den Pachtzins, der Myslowitzgrube gegenüber, übernehmen mußte. Als alles fertig war, hat das Stadion samt Schwimmteich die Genossenschaft übernommen und wollte dort das große Geschäft machen. Im vergangenen Jahre wurde das Geschäft tatsächlich gemacht, denn der Zuspruch war sehr groß. 50 Groschen Eintrittsgeld wurden erhoben. Die Stadt Myslowitz hatte bei dem Bau des Stadions nebst der Garantieleistung und sonstigen Auslagen, 34 000 Zloty Barauslagen gehabt und nachdem sie das fertige Stadion der Genossenschaft übergeben hat, war keine Aussicht vorhanden, das Geld von der Genossenschaft einzuziehen. Man hat daher beschlossen, die 34 000 Zloty als Geschäftsanteil zu zeichnen. Dadurch ist die Genossenschaft Alleinbesitzer des Stadions geworden. Sie hat auf Profit abgesehen und hat das Badegeld sofort auf 80 Groschen per Person erhöht, mit dem Erfolg, daß das Stadion von den Myslowitzern nicht mehr besucht wird. Die Badelustigen ziehen die Weiße Przemsa vor und dort ist besonders an Sonn- und Feiertagen der Zustrom groß, während auf dem Stadion die Gäste auf den Fingern abgezählt werden können. 80 Groschen liegen nicht auf der Straße, besonders, wenn es sich um mehrere Familienmitglieder handelt. Die Stadt hat von dem Stadion nichts und die Myslowitzer Bürger haben auch nichts davon. Die Genossenschaft setzt sich aus Herrn zusammen, die die Elite der Sanacja in Myslowitz bilden. Sie sind auch im Magistrat vertreten und diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß der Magistrat das Stadion aus der Hand gegeben hat. Man muß sich nur wundern, daß die Stadtväter ohne jede Ueberlegung der Herausgabe des Wertobjektes zugestimmt haben.

Schoppinitz. (Etwas fürs — Auge.) Die Eisenbahnverwaltung in Schoppinitz hat sich endlich bemüht, einen einigermaßen angehenden Fahrplan mit weißen Tafeln und Einfassungen in der Bahnhofshalle anzubringen. Die Tafel selbst scheint aus alten, zusammengesuchten Abfällen dieser Art, hergestellt zu sein. Was auf großen Sparsinn bei der Eisenbahndirektion hinweist. — Allerdings hätte man die Tafel, aus Rücksicht auf das Augenlicht der Passagiere, an einer anderen Stelle anbringen sollen, da die auf die Tafel fallenden Lichtreflexe ein richtiges Ablesen fast unmöglich machen. Die Tafel hätte an der Ostseite der Halle, an der Gepäckabfertigung, hängen sollen, dann wäre auch diesem Uebel abgeholfen. —h.

Janow. (Beendigung der Gemeindearbeiten.) Im vorzeitigen Frühjahr, hat die Gemeinde Janow die ersten Arbeiten aufgenommen, wozu eine größere Anzahl Arbeitsloser aus dem Orte dazu herangezogen wurden. Diese hegten natürlich die Hoffnung, daß diese Arbeitsgelegenheit fürs gesamte Sommerhalbjahr, sich hinausziehen werde. Nun sind jetzt sämtliche Arbeiten in der Umgebung des neuen Ratshauses beendet, die Grünanlage, sowie die Pflasterung des Margaretenweges an demselben entlang, so daß dieselben wieder weiter stempeln gehen müssen. Die inneren Arbeiten, des unter Dach gebrachten Gemeindebeamtenhauses, sind aus finanziellen Gründen gänzlich eingestellt worden, so daß auch hier keine weitere Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist, was wohl möglich wäre, hätten die nationalistischen Gemeindevertreter polnischer und deutscher Richtung, die Kirchenanleihe von 100 000 Zloty nicht durchgesetzt. Alles in allem, auch hier bis auf weiteres, eine trostlose Zukunft.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Die Arbeitslosen fordern ihr Recht!

Das Recht nach Unterstützung, so lange sie arbeitslos sind, ist eine gerechte Forderung der Arbeitslosen, der sich kein vernünftiger Mensch entheben kann. Von der Wiege bis zum Grabe schuftet der Bürger für den Staat, und dieser hat die moralische Verpflichtung, ihm zu helfen, wenn er infolge unfähiger Staatspolitik in Not gerät. Von diesen Gedanken sind die Arbeitslosen getragen, die sich in ihrer Not an die Parteien wenden, um zu erfahren, wie ihnen geholfen werden soll. Die Arbeitslosen von Kochlowitz und Umgegend haben zu diesem Zweck eine Arbeitslosenversammlung einberufen, an welcher etwa 1000 bis 1200 Personen teilnahmen. Auf Wunsch des dortigen Arbeitslosenkomitees referierte Abg. Gen. Kowoll im Sinne der sozialistischen Sejmfraktion und legte eingehend dar, warum die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung nicht in der Lage sei, den Arbeitslosen zu helfen. Er schilderte ferner die Bemühungen des sozialistischen Klubs um die volle Arbeitslosenunterstützung, so lange der Staat den Arbeitern keine Beschäftigung zuweisen kann und stellte fest, daß wohl die bürgerlichen Parteien schöne Worte, aber keine praktischen Erfolge geben. Nur eine Arbeiter- und Bauernregierung könne der Not der Zeit steuern, und dazu sei der Zusammenhalt aller Arbeiter notwendig. Nach dem Genossen Kowoll sprach der Abg. Kozak vom Korfantyklub, der in Aussicht stellte, daß er bemüht sein werde, im Klub dahin zu wirken, daß den Arbeitslosen geholfen werde. Als dritter Redner sprach Genosse Kawalec namens der PPS., der anfeuernd die Arbeitslosen aufforderte, daran zu denken, daß sie sich aus ihrer traurigen Lage selbst befreien müssen, indem sie sich unter das Banner des Sozialismus sammeln. Er verlas eine Resolution, die den verantwortlichen Stellen übermittelt werden soll. In der Diskussion sprachen eine Reihe von Rednern, bei welchen die Verzweifelung zum offenen Ausdruck kam, insbesondere dadurch, daß sie lieber sterben, als daß sie dieses namenlose Elend weiter ertragen wollen. Einige jüngere Arbeiter, denen die Entwicklung zu langsam geht, sprachen gegen die Resolution und forderten den Aufmarsch aller Arbeitslosen vor der Wojewodschaft, um zu erlangen, daß ihnen die durch die letzte Verfügung der Wojewodschaft entzogene Arbeitslosenunterstützung wieder gewährt wird. Es kamen sehr erregte Stimmen zum Ausdruck, die sehr deutlich an die Zeit von 1918 erinnern. Nach einem Schlußwort des Genossen Kowoll wurde die Resolution gegen wenige Stimmen angenommen, und mit dem Ruf „Ehre der Arbeit" die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Aus dem Radzionkauer Gemeindeparlament

Eine stürmische Gemeinderatsitzung

Vor etlichen Tagen fand hier die 2. Sitzung der neugewählten Gemeindevertretung statt. Die Tagesordnung war eine umfangreiche, denn sieben Punkte waren zu erledigen. Nach der Eröffnung der Sitzung durch den Gemeindevorsteher Zientek schritt man zur Wahl der einzelnen Kommissionen. Gemeindevorsteher Zientek betonte, daß es notwendig sei, daß man die Kommissionen von 6 auf 8 Mitglieder erhöht und zwar aus dem Grunde, weil beim Schwänzeln der Sitzungen von einzelnen Mitgliedern, dieselben nicht beschlußfähig sind. Man einigte sich dahin, daß alle Fraktionen, binnen acht Tagen ihre Vertreter nominieren. Demnach werden auch die Sozialisten in allen Kommissionen vertreten sein. Zu wählen sind folgende Kommissionen: Die Budget- und Kassenrevisionskommission. Ferner die Straßenkommission, Statutenkommission, Armenkommission und die Steuereinschätzungskommission. Als nächster Punkt: Instandsetzung des Wasserturmes, wurde mit dem 4. Punkt verbunden und beschlossen, daß der seit dem Jahre 1917 untätige Wasserturm bis zum 1. Juli 1931 in Tätigkeit gesetzt wird. Bei eventuellem Wassermangel kann die Gemeinde Radzionkau auf zwei Tage mit Wasser versorgt sein. Ein Fachmann wird zu diesem Zweck mit einem Gehalt von 250 Zloty angestellt, der den Dienst im Wasserturm versehen wird und alle Reparaturen am Wasserturm und den elektrischen Anlagen verrichten. Zur Kontrollierung desselben wird eine Kontrolluhr gekauft und dieselbe wird im Wasserturm aufbewahrt. Nach einer Verhandlung des Gemeindevorstehers mit der Eisenbahndirektion wurde beschlossen, die Kleinspurbahnstrecke Kessel, Rudy, Piekary bis zur Unterführung Rojca auf Kosten der Gemeinde abzubauen. Die Arbeitslosen werden wenigstens eine Beschäftigung erhalten und ein Uebel wird unterbunden. Für diese Stelle an der Unterführung muß ein Anschlußgleis an der Viktorstraße ebenfalls auf Kosten der Gemeinde gelegt werden. Das fragliche Gebäude zu der Umlegung wird von den Besitzern mit 90 Groschen pro Quadratmeter in Pacht genommen. Zu Punkt 6 erstattete der Gemeindevorsther den Jahreskassenbericht vom Jahre 1924. Bei dieser Gelegenheit kam es zwischen dem Vertreter Skowron (Korfantist) und dem Sozialisten Suchainski zu heftigen Auseinandersetzungen. Nach derselben verließ der Korfantyst Letocha verärgert den Sitzungssaal. Als neue Gemeindevertreter wurden noch die Herren Zejer und Glanz durch Handschlag eingeführt. Zum Schluß stellte der Sozialist Suchainski einen Antrag wegen Weiterzahlung der Unterstützung an Arbeitslose, der in der nächsten Sitzung zur Beratung kommt. Da keine weiteren Anträge mehr vorlagen, schloß Gemeindevorsteher Zientek die ziemlich stürmisch verlaufene Sitzung. —a.

Eintrachthütte. (Steinbombardement auf ein Personenauto.) An der Eisenbahnutnerführung in Eintrachthütte wurde ein Personenauto mit Steinen bombardiert. Mehrere Scheiben wurden ausgeschlagen, wodurch der Chauffeur Walter Korcinski aus Myslowitz im Gesicht verletzt worden ist. Im Laufe der polizeilichen Untersuchungen wurde als Täter ein gewisser Georg G. aus Eintrachthütte ermittelt. Eine exemplarische Strafe wäre am Platze. x.

Scharley. (Selbstmord eines Infanteristen.) In der Nähe der Eisenbahnstation in Scharley bemerkte ein Eisenbahner die Leiche eines Soldaten. Der Tote wies eine Schußwunde an der Stirn auf. Die inzwischen eingeleiteten Feststellungen ergaben, daß es sich bei dem Toten um den Infanteristen Franz Dobiak vom 74. Infanterieregiment in Lublinitz handelt. D. ist am 25. Mai d. Js. von seinem Truppenteil desertiert und beging einige Tage später den Selbstmord. x.

Scharley. (Noch ein Fahrraddiebstahl.) Aus dem Korridor der Bank Ludowy in Scharley wurde dem Thadäus Piwonski aus Brzozowitz ein Herrenfahrrad Marke „Opel", Nr. 1 639 045, gestohlen. x.

Pleß und Umgebung

Krassow. (Zweierlei Behandlung der Arbeitslosen.) Auch bei uns in Krassow gibt es eine stattliche Zahl von Arbeitslosen. Der Gemeindevorsteher Gonsiorczyk ist auch bemüht, denselben eine Arbeitsmöglichkeit zu geben, da ein großer Teil überhaupt keine Unterstützung erhält. Bis dahin wäre die Sache mit dem Gemeindevorsteher in Ordnung, wenn er nicht zwei verschiedene Herzen im Leibe hätte. Seiner Ansicht nach haben einzelne Arbeitslose mehr Hunger wie die anderen, denn die Zuteilung der Arbeit in der Gemeinde ist eine sehr ungerechte. Es werden Hausbesitzer, die etwas Feld besitzen, zur Gemeindearbeit herangezogen und mit 5 bis 7 Zloty den Tag bezahlt. Es ist zwar nicht viel, aber für einen kinderlosen Hausbesitzer ist es doch eine Hilfe. Nun sind dort auch Arbeitslose, die eine 7 bis 9 köpfige Familie zu ernähren haben und kein Haus besitzen. Diese Leute werden nur dann zur Arbeit herangezogen, wenn was wichtiges zu arbeiten ist und das kommt selten vor. Bezahlt werden die Leute nicht mit 5 bis 7 Zloty, sondern mit 2 bis 3 Zloty pro Tag. Das ist das Ungerechte von seiten des Gemeindevorstehers. Hier kommt auch die Sanacjapolitik zum Ausdruck, denn die Sanacjaanhänger werden bevorzugt und besser bezahlt. Diejenigen, die die Sanacja nicht loben, müssen eben leiden. Hoffentlich werden die geschädigten Arbeitslosen mit einer anderen Sprache zum Gemeindevorsteher kommen, damit die einseitige Behandlung aufhört. —a.

Rybnik und Umgebung

Von einem scheugewordenen Pferde verletzt. In Rybnik scheute das Pferd des Kutschers Artur Dryschlak. Das Pferd rannte in eine Schar Leute, wobei eine gewisse Regina Remanow erheblich verletzt wurde. In schwerverletztem Zustand wurde sie nach dem nächsten Spital überführt. x.

Lublinitz und Umgebung

Diebische Elster. Aus einer Wohnung stahl, zum Schaden von 4 Dominialarbeitern, eine gewisse Viktoria J. Kleidungsstücke, sowie einen Geldbetrag von 20 Zloty. Der Diebin gelang es zu flüchten, sie konnten aber später von der Polizei arretiert werden. x.

Paku. (Die gestohlene Kuh.) Zum Schaden des Landwirts Jan Gorol in der Ortschaft Paku, Gemeinde Ligota, Kreis Woznicka, wurde aus dem Stall eine Kuh, im Werte von 400 Zloty, gestohlen. Die Kuh wurde später auf der dortigen Bahnstation wieder eingefangen. Dem Dieb gelang es, unerkannt zu entkommen. x.



Der Pianist schreibt einen Brief

(Judge.)

Passagier aus dem Flugzeug gestürzt

Roman von P. Wild.

27)

„Aber was soll ich denn tun?"

„Wieso?"

„Nun, sie werden mich fragen, und dann — nein, nein, ich sage es keinem Menschen, was ich in dieser Nacht gesehen habe. Dann glauben sie noch, du seiest es gewesen, du", und sie schauerte zitternd zusammen, umschlang mich innig, drängte sich an mich.

„Findest du nicht auch, daß es am klügsten ist, zu schweigen?"

„Du mußt doch die Wahrheit sagen", brachte ich mühsam hervor.

„Schweigen ist keine Lüge — nicht wahr?"

Sie strich über meine Stirn, wie ich es gern hatte.

Meine Hände waren feucht vor Erregung. Daran hatte ich noch nicht gedacht. Konnte ich in den Mordverdacht verwickelt werden? Sollte mein nächtlicher Ausflug noch für mich selbst bedrohliche Folgen haben?

Mein Schicksal trug ich in der eigenen Hand. Wenn ich sie bat: „Schweig", würden Badjas Lippen versiegelt sein und alle Gefahr wäre beseitigt. Wie die Dinge lagen, würde mein Tun zu Mißdeutungen Veranlassung geben. Dennoch verneinte ich die Lockung.

„Warum willst du schweigen, wenn du mit Bestimmtheit etwas behaupten kannst?"

Sie stutzte, sichtlich überrascht durch meine auffallende Ruhe. Mein bestimmter Ton schien sie zu beirren. Ich war auf ihre Antwort gespannt.

Doch diese Frau tat stets das Unerwartete. So auch jetzt: sie ließ das Thema fallen.

„Lady Maxwell tut mir doch leid. Mit sechsundvierzig Jahren sterben, das ist noch jung. Das heißt, zum Sterben", verbesserte sie sich sogleich. „Alt ist heutzutage keine Frau mehr — nicht wahr? Und das ist gut so. Die Jugend ist schön."

Sinnend spann sie ihren Gedankengang weiter. „Der herrliche Schmuck — eine Kette, wie ihre, habe ich mir immer gewünscht. Sie hat nun nichts mehr davon. Sterben muß schließlich jeder, aber solchen Schmuck verlieren ist schlimmer. Wer mag der Dieb sein? Ob sie ihn finden? Wenn die Kette käuflich ist, werde ich sie erwerben. Doch glaube ich nicht, daß das Geheimnis des Mordes gelüftet wird, hier nicht, wo es so viele Schlupfwinkel für Verbrecher gibt. Hier kann jeder, wer will, einfach verschwinden."

„Glaubst du?"

„Gewiß. Ich kenne ja Land und Leute. Zunächst gibt es jetzt ellenlange, umständliche Verhöre mit wichtigen Herren, Sekretären und neugierigen Fragen. Lange Fragebogen werden ausgefüllt, die ganze Maschinerie der Gerechtigkeit in Bewegung gesetzt — und doch nichts gefunden."

„Sage das nicht! Warum sollte die Polizei nichts finden?"

„Warum? Frage die doch, die dazu berufen sind. Ich bin nur Laie, Zuschauer! Vielleicht ist mein Urteil falsch, in diesem Fall? Mag sein, daß sie sich besondere Mühe geben werden; Lady Maxwell war eine Verwandte des Kommandierenden. So etwas nützt — allerdings weniger ihr als anderen. Wer weiß, was sie nun für Fragen konstruieren, wen sie in Verdacht bringen. Wir Hotelgäste sind alle im Verdachtsbereich, auch du und ich. Ist es nicht so?" Sie lachte laut auf, und wie mir vorkam, höhnisch.

Mir war alles andere als behaglich zumute. Ich fühlte mich in einer scheußlichen Klemme, sah keinen rechten Ausweg. Sie hatte ja recht, mehr als sie ahnte. Dieser nächtliche Ausflug konnte mir das Genick brechen. Andererseits hatte mich kein anderer gesehen, sonst wäre ich umgehend gefragt worden, und Badja würde, im Interesse eigener Sicherheit oder besser, ersparter Unannehmlichkeiten, schweigen. Eben wollte ich sie bitten, es zu tun, da unterbrach ein Hindu unsere Unterhaltung, brachte auf silbernem Teller die Post.

Badja Tschernowska hielt das elegante Schreiben zögernd in der Hand, öffnete, las und zerriß das Papier in hundert winzige Fetzen, die sie ins Gebüsch blies.

Ich sah erstaunt auf. Mit untrüglichem Scharfblick erriet sie meine Gedanken:

„Nachricht. Ich darf meine Mutter sehen", verkündete sie mit unschuldvollem Lächeln, „endlich. Doch weißt du, wie mir jetzt ist, wo ich die Entscheidung in Händen habe?"

„Nun?"

„Jetzt habe ich Angst, denn ich weiß genau, daß dies Wiedersehen uns beide gleichermaßen enttäuschen wird. Es war töricht von mir, es zu fordern."

„Aber du hast es doch selbst gewollt — dringend sogar", wunderte ich mich, und sah, abwesend, auf den Brief in meiner Hand. Gabriele Mürler schrieb mir. Eine gleichmäßige, sympathische, kräftige Schrift, ohne Verschnörkelungen und Prätensionen. Auch im Ausdruck wirkte sie schlicht und natürlich, mit einer leichten Dosis Ironie.

Sie berichtete Ernstes. Von Mürler hatte die Kriminalpolizei ebensowenig wie ich die geringste Spur. Das Patent war und blieb verloren. Die Unruhe und Furcht vor Verrat an Unbefugte stieg.

Ueber sich selbst berichtete sie wenig: „Ich bin wieder zu Hause, und mir geht es besser." Damit war das Thema erschöpft. Und doch war mir dieser Brief ein Sichannähern, ein Gruß von Mensch zu Mensch, ein Erinnern. Zwischen den Zeilen las ich alles, und siehe, was da stand, war Gutes und Freundliches für mich. Ich sah Gabriele in ihrer jungen, lieblichen Frische, sah sie niedergebrochen, matt, hilfebedürftig durch den furchtbaren Anschlag, und fühlte wieder das Zu-ihr-hingezogen-werden, wie zuerst. Greifbar deutlich stand ihr Bild vor mir. Ich hörte die Frage: Was haben Sie erreicht?

Wenn sie es wüßte! Unmittelbar vor dem Ergreifen der Täter hatte ich die ganze Arbeit zunichte gemacht, hatte durch meine Unvorsichtigkeit die Mörder gewarnt. Etwas in mir drängte, ihr alles zu schreiben, jetzt, gleich. Es war mir, als würde sie mich verstehen, mir meine Schuld abnehmen oder zum wenigsten erleichtern. Meine Gedanken waren bei mir, so vollkommen, daß ich die Frau neben mir vergaß. Ich überlegte, daß die Flugpost von Bombay anderntags fortging. Wenn ich gleich schrieb, würde sie den Brief bald haben.

Und dann sah ich in Badjas verzerrtes Gesicht. Doch sie beherrschte sich noch, fragte wie etwas Selbstverständliches:

„Ich fahre heute mittag. Begleitest du mich?"

„Nein, ich kann nicht."

„Das alte Lied. Also es ist dein Ernst, du willst nicht, auch jetzt nicht, wo . . hier so Schreckliches passiert ist?"

„Nein, nein!"

Fühlte sie, daß meine Gedanken bei einer anderen waren? Es schien so.

(Fortsetzung folgt.)

Bielsko und Umgebung

Klerikaler Uebermut.

Dem Krakauer „Naprzod" vom 10. d. Mts., entnehmen wir folgende interessante Notiz, welche wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen, da sich diese Episode in unserer Nähe abgespielt hat.

Zu der politischen Gemeinde Czechowice gehört auch die Kolonie Podlarysze, welche auf schlesischem Gebiete liegt. Die politischen Agenden erledigt die Gemeinde Czechowice, während die kirchlichen Angelegenheiten der an der galizischen Seite gelegenen Pfarrgemeinde Komorowice zur Erledigung zugewiesen sind. Obwohl die Bewohner der Kolonie Podlarysze wiederholt sich an die Bischöfliche Kurie wegen Zuteilung zur Pfarrgemeinde Czechowice gewendet haben, wurde bis heute ihrem Wunsche nicht Rechnung getragen. Nun hielten die Bewohner der Kolonie eine neuerliche Versammlung ab, in welcher eine Resolution beschlossen wurde, die folgenden Wortlaut hat:

1. Die Anwesenden bei der am 10. Mai l. J. stattgefundenen Versammlung beschließen, sich mit einer Beschwerde an die kirchlichen Behörden zu wenden, daß die vom 16. April l. Js., an die Krakauer bischöfliche Kurie gerichtete Bitte, zwecks Zuteilung der Kolonie Podlarysze zur Czechowicer Pfarrgemeinde, bis heute noch nicht erledigt wurde.
2. Die Behandlung der Bewohner der Kolonie Podlarysze durch die Pfarrgemeinde in Komorowice ist unmöglich weiter zu ertragen. Als Beweis diene ein Vorfall, der sich bei einem Begräbnis eines Bewohners der Kolonie Podlarysze zugetragen hat.

Als der Trauerzug mit dem Toten zum Grabe kam, war dasselbe noch nicht fertig ausgegraben. Der Geistliche verweigerte daher die Grabrede und entfernte sich, während der Sarg beim Grabe stehen blieb. Erst durch energisches Auftreten der Leidtragenden bequemte sich der Totengräber von Komorowice, das Grab auszuschaufeln. Dabei beschimpfte er die Bewohner der Kolonie Podlarysze mit folgenden Worten: „banda śląska, bawicie się w ewangelików ‚czy żydów, woły, świnie śląskie", d. h. „Schlesische Bande, ihr sympathisiert mit den Evangelischen und Juden, Ochsen, Schlesische Schweine!"

Die Bürger der Kolonie Podlarysze namens: Tomiczek Jan, Kyrcz Antoni, Kleimann Anrzej, Warzecha Jozef, Placuch Antoni sind jederzeit bereit für die Richtigkeit des oben zitierten Vorfalles zu zeugen.

An der genannten Versammlung nahmen 75 Personen teil, welche einstimmig beschlossen haben, daß bei einem neuerlichen Sterbefall der Tote mit dem Sarge auf den Czechowicer Friedhof getragen werden soll. Die Geistlichkeit von Czechowice möge dann mit dem Toten tun, was sie für gut befindet. Die Versammelten fühlen sich schwer gekränkt und erniedrigt durch dieses Vorgehen der Komorowicer Pfarrgemeinde. Mit Rücksicht darauf, daß die Vereinigung der Kolonie Podlarysze zur Pfarrgemeinde Czechowice ungemein wichtig ist und daher keinen Aufschub duldet, muß die Kirchenbehörde sich mit dieser Angelegenheit sofort befassen und endlich erledigen.

Dieser Vorfall zeugt wieder von einem großen Mangel der christlichen Nächstenliebe, von welcher die Priester zwar viel reden, sich aber selber darin nicht betätigen. (Anm. d. Red.)

Ein scheues Pferd. Am Mittwoch gegen Mittag wollte bei dem Riemer Kittlinski auf der Bahnstraße ein Kutscher für ein Pferd ein neues Riemenzeug kaufen. Momentan wurde das Pferd scheu und fuhr im Galopp mit dem Wagen die Bahnstraße hinunter, bei der Dammstraße angelangt, kehrte das Pferd um und nun gings wieder im Galopp die Bahnstraße hinauf. Dabei streifte der Wagen ein Auto an, beschädigte dasselbe an der Seite, bei einem anderen Fuhrwerk stieß der Wagen an und zerbrach hierbei die Wagendeichsel. Das Pferd selbst erlitt hierbei Verletzungen am Kopf. Mit großer Mühe wurde das Pferd wieder eingefangen. Wie durch Zufall sind Passanten hierbei nicht zu Schaden gekommen.

Komorowice. (Fleischvergiftung.) Am Mittwoch, den 10. d. Mts., erkrankte der Arbeitslose Rudolf Waleczek samt Frau und 4 Kindern, nach genossenem Mittagessen, welches aus Fleisch bestand. Dieses Fleisch muß stark verdorben gewesen sein, da die ganze Familie nach dem Essen Leibschmerzen bekam, die so heftig auftraten, daß die Rettungsgesellschaft alarmiert werden mußte. Diese konstatierte Fleischvergiftung und überführte alle 6 Personen ins Bialaer Spital. Die Untersuchung wird noch ergeben, von wo das Fleisch herstammte. Dieser Fall ist aber sehr bezeichnend für unser gegenwärtiges Elend. Die Erwerbslosigkeit zwingt viele Arbeitslose zum Genuß von sehr zweifelhaften Lebensmitteln, wodurch solche Fälle hervorgerufen werden. Jetzt haben es die Arbeitslosenämter noch für nötig befunden, die Arbeitslosenunterstützungen noch mehr zu kürzen und empfindlich einzuschränken. Die Folge davon wird sein, daß diese Bedauernswerten zu noch fragwürdigeren Eßwaren greifen werden müssen. Wie leicht können da nicht verschiedene ansteckende Krankheiten ausbrechen! Haben die heutigen Machthaber darüber noch nicht nachgedacht? Für alle Fälle tragen sie die volle Verantwortung.



Der Gewinner des deutschen Luftfahrt-Wanderpreises

Der bekannte Dresdener Segelflugzeugmodell-Konstrukteur Oskar Gentsch ging aus dem Modellvettbewerb des Deutschen Luftfahrtverbandes auf der Wasserkuppe als Sieger hervor und wurde damit Gewinner des Wanderpreises des Deutschen Luftfahrtverbandes, mit dem ihn unser Bild zeigt.

Protest-Versammlung der Mieter gegen das beabsichtigte Attentat auf ihre Taschen!

Der Mieterschutzverein von Bielitz hat für Montag, den 8. Mai l. Js. in den Schießhaussaal in Bielitz eine öffentliche Protestversammlung der Mieter einberufen, um gegen die im Schlesischen Sejm projektierte Novelle des Gesetzes über den schlesischen Wirtschaftsfonds zu protestieren. Zu dieser Versammlung wurden die Obmänner sämtlicher Abgeordnetenklubs im Schlesischen Sejm und der Vorsitzende der Wohnungskommission Abg. Dr. Kotas (Sanacja) eingeladen. Von den Eingelandenen sind außer dem Letztgenannten, noch die Abgeordneten Gen. Machej und Gen. Dr. Glücksmann als Referenten erschienen, während die anderen Sejmklubs, wie Chadecja, N. P. R. und die Deutsche Wahlgemeinschaft es vorgezogen haben, keine Vertreter zu dieser Versammlung zu entsenden. Die Versammlung war sehr gut besucht und waren in derselben alle Schichten der werktätigen Bevölkerung, Arbeiter, Staats und Privatangestellte, Kleingewerbetreibende und Kaufleute, Männer und Frauen, kurz alle jenen, die unter der Wohnungsmisere zu leiden haben, vertreten.

Der Obmann des Mieterschutzvereines, Gen. Dziki, eröffnete die Versammlung, begrüßte die Erschienenen und insbesondere den Abg. Herrn Dr. Kotas und den Abg. Gen. Machej. Nachdem Gen. Dziki auch zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt wurde, erteilte er zu dem einzigen Punkte der Tagesordnung dem Abg. Gen. Machej das Wort, welcher in seinem ausführlichen Referate die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die als deren Folge herrschende große Arbeitslosigkeit besprach. Die Arbeitslosigkeit besteht zwar in der ganzen Welt, aber prozentual ist diese in Polen und besonders in Schlesien, wo es 62000 Arbeitslose gibt, am größten. Im Auslande wird für die Arbeitslosen besser gesorgt als in Polen. Auch die Wohnungsnot ist in Polen am größten und da gibt es keine andere Hilfe, als daß man Wohnungen baut. Zum Bauen braucht man aber Geld und die Staatskassen sind leer. Anleihen kann der Staat nicht bekommen, weil das Ausland wegen des herrschenden Systems, zu Polen kein Vertrauen hat. Die Anleihen, die Polen bis jetzt bekommen hat und deren Verzinsung jährlich ½ Milliarde beträgt, wurden nicht für die so notwendigen Wohnungsbauten, sondern für Luxusstraßen, für das Jagdschloß des Präsidenten und zur Deckung der Budgetdefizite verwendet, während in Polen 1 Million Wohnungen fehlen.

Der Regierungsblock im Schlesischen Sejm hat eine Novelle zum Gesetz über den Wirtschaftsfonds eingebracht, um denselben zu stärken und Kredite für Beendigung angefangener Bauten zu erteilen. Für diesen Zweck allein sind 28 Millionen notwendig und der Fonds besitzt kaum 1 Million Zloty. Deshalb will der Regierungsblock dieses Gesetz ändern. Bisher haben die Hausbesitzer für diesen Fonds eine Steuer von 10, 15, 20 und 25 Prozent von ihrem Zinsertrag gezahlt, wobei die kleinen Hausbesitzer steuerfrei waren, jetzt sollen alle durchschnittlich 10 Prozent zahlen. Man schenkt den Großen und besteuert die Kleinen. Dafür sollen auch die Mieter besteuert werden. Von 3 Zimmern sollen 5 Proz. von 4 Zimmern 10 Proz. von 5 Zimmern 15 Proz. von mehr Zimmern 20 Proz. gezahlt werden. Auch Aftermieter sollen eine Steuer bezahlen. Der Redner fragt: Ist jetzt die Zeit um die Hausbesitzr zu entlasten und die armen Mieter, die zum Großteil arbeitslos sind, zu belasten? Warum macht man den reichen Hausbesitzern Geschenke, warum wagt man sich nicht an die Kapitalisten heranzutreten? Weil die Macht des Staates vor den Toren des Großkapials endet. Mit solchen Mitteln wird man keine Wohnungen bauen, deshalb müssen die Mieter gegen dieses Gesetzesprojekt, welches ein Attentat auf die Taschen der Aermsten ist, protestieren und dieser Protest muß im Sejm gehört werden. Großer Beifall folgte diesen Ausführungen.

Nun kam Abg. Dr. Kotas zu Wort, aber das, was er gesagt, eigentlich vorgelesen hat, hat die Versammelten nicht interessiert: Er hat über den internationalen Wohnungskongreß in Berlin einen Vortrag gehalten, aber keine Aufklärung darüber gegeben, welche Stellung sein Klub (Sanacja) zu der projektierten Novelle des besprochenen Gesetzes, in dem die Hausbesitzer mit einem Geschenk und die Mieter mit einer ungerechten Steuerlast bedacht werden sollen, einnimmt. Und das war doch das Wichtigste.

Aus seinen Ausführungen konnte man dennoch entnehmen, daß er am internationalen Kongreß doch etwas gelernt hat und zu der Ansicht gelangt ist, daß bei der Lösung der Wohnungsfrage von einer Privatinitiative keine Rede sein kann und Wohnungen nur aus Steuermitteln durch den Staat, die Gemeinden und Genossenschaften gebaut werden können. Er bezeichnete die 20prozentige Miete vom Einkommen als tragbar. Ob dieses projektierte, die Mieter besteuernde Gesetz bei den jetzigen Zeiten für dieselben tragbar ist, darüber sich zu äußern, hat er aus verständlichen Gründen unterlassen. Auch faselte er etwas von der Notwendigkeit der Liquidierung des Mieterschutzgesetzes, und sprach sich nur im allgemeinen für eine gerechte Verteilung der Steuerlasten auf die ganze Gesellschaft aus. Ihm antwortete als nächster Referent Abg. Gen. Dr. Glücksmann in einer glänzenden Rede, deren kurzen Inhalt wir wiedergeben. Gen. Dr. Glücksmann sagte:

Der Bericht des Abg. Dr. Kotas, über seine Wahrnehmungen auf der Berliner Wohnungsausstellung, erweckte den Eindruck, daß in den Ansichten der Sejmdelegation ein starker Wandel eingetreten ist.

Als in der Wohnungskommission des Schlesischen Sejm die Anschauung geäußert wurde, daß die Mietzinse in alten Häusern an jene in den Neubauten angepaßt werden müssen, entgegnete ich: Es liegt kein Grund bevor, die Mietzinse in Altbauten zu erhöhen. Das Baukapital ist durchwegs amortisiert und verzinst.

Die Realitäten bildeten eine der wenigen Objekte, die im Kriege ihren Wert aufrechterhalten haben. Die Hypotheken sind mit nichtigen Beträgen gelöscht worden. Weshalb sollte die Hauszinsrente gesteigert werden. Meiner Ansicht nach sollte vielmehr der Mietzins in den Neubauten herabgedrückt werden, damit er für die Unbemittelten tragbar ist.

Diese Ausführungen fanden bei der Kommission kein Gehör.

Heute aber vernehmen wir aus den Ausführungen des Abg. Dr. K., daß die Mieten „tragbar" sein müßen. Also ein bedeutsamer Anschauungswandel.

In derselben Kommission habe ich entschieden gegen die mechanisch konstruierte Mietersteuer Stellung genommen. Ich habe selbst einen Mietersteuerentwurf unterbreitet, laut welchem das Existenzminimum steuerfrei ist. Arbeiter, Angestellte und Mittelständler, deren Einkommen 366 Zloty monatlich nicht überschreiten, sollen keine Steuer entrichten.

Die Mieter, die darüber ein Einkommen aufweisen, sollen 2 Proz. der Miete zahlen, welche Steuer zunächst zu je 2 Proz., dann zu 5 Proz., 10 Proz. bis zu 100 Proz. gestaffelt wird. Selbstredend ist die Staffellung von der Höhe des Einkommens abhängig.

Die Darlegung, daß uns eine solche Steuer gerecht, sozial und real ist, hat ebenfalls kein Gehör gefunden.

Auch darin scheint eine Meinungsänderung eingetreten zu sein.

Ich werde diese Ansichten und Anträge weiterhin in der Kommission vertreten. Wir werden uns alle überzeugen, ob der Meinungswechsel nicht nur hier sondern auch im Sejm zum Ausdruck kommen wird.

Ebenso muß die Besteuerung der Aftermiete entfallen, denn sie wurde die Aftermiete unmöglich machen und dadurch die Wohnungsmisere vergrößern.

Konsequente Vertreter im Sejm hat die Mieterschaft nur in den drei Sozialisten. Tatsächlich sollten ihre Interessen, da sie die Mehrheit des Volkes bilden, die Abgeordneten mit ihren Stimmen gewählt wurden, ausschlaggebend sein. Die Abgeordneten wären verpflichtet gewesen, mit ihren Wählern in Fühlung zu treten, bevor sie zur Behandlung dieser Steuer herangetreten sind. Wir haben sie zur heutigen Versammlung eingeladen, damit sie die Meinung der Mieter erfahren. Sie kamen nicht. Wir werden aber dem Sejm eine Denkschrift und unsere Resolution, aus denen unsere Stellungnahme hervorgeht, übersenden. Ueber die Meinung eines Mieterschutzvereines, der 1400 Mitglieder zählt, kann man nicht leichthin zur Tagesordnung übergehen.

Handballecke

Meier!

Warum nun bloß Meier, warum nicht noch irgendeinen Vornamen? Ja, weil es sich ganz piepe bleibt, ob vor Meier noch Franz, Paul und Josef, oder Mitzi, Frieda und Grete steht. Den Meier müßten wir doch alle kennen, das ist so'n richtiger Sportlergeist, der schon vorher weiß, ob ein Wettspiel gewonnen oder verloren ist. Meier kann alles, weiß alles, sieht alles, nur wenn es drauf und dran kommt, dann hat Meier soviel Ausreden, daß wir ein ganzes Lexikon füllen könnten. Ist da irgendwo ein Handballwettspiel. Hei, wie die jugendlichen Gestalten gegeneinander wetteifern. Da pfeift der Schiedsrichter. Aha! Da ist gegen eine Spielregel verstoßen worden. Den Schiedsrichter soll man respektieren, dazu ist er da. Auf den Schiedsrichter soll man hören, denn er leitet das Spiel. Das wird nun der größte Teil der Spieler einsehen. Anders aber der Meier. „Ne, das ist doch ka Schiedsrichter! Mensch, du bist ja parteiisch! Ka Ahnung der und will'n Spiel leiten". Also — Meier kennt die Regeln natürlich besser und macht dem Schiedsrichter und seinen Mitspielern das Leben schwer. Wird Meier einmal wegen unsportlichen Benehmens herausgestellt, dann ist er — die gekränkte Leberwurst. Beim nächsten Spiel und bei einem anderen Schiedsrichter ist es wieder unser Meier, welcher — hinausgefeuert wird. Ei, ja, da wird kräftig gebrüllt. Meier strengt sich nie an. Meier ist nach einem Wettspiel ja nur „spazieren" gegangen, trotzdem er wie eine Dampfmaschine schnaubt. Wenn Meier versagt, dann war alles Schwindel. Meier ist also, ob er Franz, Paul und Josef oder Mitzi, Frieda und Grete heißt, eine Erscheinung, die bei uns Arbeitersportlern ausgemerzt werden muß. Wir können solcherlei Meiers bei Sport und Spiel nicht brauchen. -pp-.

Wo die Pflicht ruft!"

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz. Freitag, 12. Juni, 6.30 Uhr abends, Musikprobe f. Anfänger. Samstag, 13. Juni, 5 Uhr nachm., Badetour n. Miedzybrodzie. Sonntag, den 14. Juni, Badetour. Die Vereinsleitung.

Achtung, Arbeitergesangvereine! Dienstag, 16. Juni l. J., findet um 5.30 Uhr abends in der Redaktion eine Gauvorstandssitzung statt. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. Der Gauobmann.

Das Glück der Rothschilds

Zur Naturgeschichte des Finanzkapitals

Die Oesterreichische Kreditanstalt in Wien verlor im abgelaufenen Geschäftsjahr ihr Gesamtkapital in Höhe von 125 Millionen Gulden. Da sie über drei Viertel der deutsch-österreichischen Industrie kontrolliert, wurde sie im Allgemeininteresse mit Staatsmitteln gestützt.

Hinter dieser dürren Meldung aus dem Handelsteil der Zeitungen, verbirgt sich der Niedergang des Wiener Zweiges der Bankiersfamilie Rothschild. Ende des 18. Jahrhunderts begann sie ihren Aufstieg aus dem Frankfurter Ghetto, nach wenigen Jahrzehnten finanzierte sie die Politik der europäischen Großstaaten. Heute verfällt sie der Krise desselben Kapitalismus, dessen mächtigste Förderin sie im vergangenen Jahrhundert war. Es lohnt sich, einen Blick zurück zu tun auf ihre Geschichte, die vielfach einer Illustration zu dem Worte von den Großen gleicht, die man laufen läßt, während die Kleinen gehängt werden. Welche sozialogische Sentenz bekanntlich Marx in seinem Worte über den Profitwillen des Kapitals also umprägte: „100 Prozent — er geht über Leichen!"

Die erste Million: Profit aus Menschenhandel!

Maier Amschel Rothschild, Händler und Wechsler, wohnhaft im Judenviertel zu Frankfurt am Main, Stammvater der Gelddynastie, nahm seinen Aufstieg mit der Verwertung der Riesenbeträge, die die Kurfürsten von Hessen für ihren Soldatenhandel nach England bezogen. Er war „Hofagent" des Kurfürsten Wilhelms I. in Kassel, der, als er 12 000 seiner Landeskinder 1785 nach England verkaufte, von den 675 000 Talern, die er einsacken konnte, dem Frankfurter einen Teil zur nutzbringenden Anlage überwies. 1803 wurde das Geschäft wiederholt. Maier Amschel verdiente bereits so gewaltig, daß er zum Beispiel 1806 für Dänemark eine Staatsanleihe von 2 Millionen Talern vermitteln konnte. Und auch sein Kurfürst profitierte: er konnte 1808, als ihn Napoleon I. entthront hatte, auf einen Hieb 600 000 Pfund, rund 12 Millionen Mark also, durch Maier Amschel nach London in Sicherheit bringen lassen.

Napoleons I. Kriege regnen Gold.

In London saß Nathan, Amschels Aeltester, und übte glanzvoll die Methode, Verdienen groß zu schreiben. Englands Heerführer gegen Napoleon, der Herzog von Wellington, brauchte Riesensummen baren Geldes zur Soldzahlung für die Truppen. Es blühte daher der Weizen jener Spekulanten, die Wellingtons Schatzwechsel aus London bar und billig ankauften, die sich also rechtzeitig genügende Mengen kuranter Münzen zu besorgen wußten. Nathan beteiligte sich an diesem Geschäft. 1808 kaufte er eine Goldladung der Ostindischen Kompanie in Höhe von 16 Millionen Mark auf. Und er kaufte, weil er Riesenmengen Wellingtonscher Wechsel geramscht hatte. Die englische Regierung mußte sie am Verfallstage honorieren: aber Nathan nahm ihr das Gold dafür vor der Nase weg. So brauchte ihn England doppelt und ließ ihn gewaltig verdienen, als er noch dazu den Geldtransport nach dem Kontinent organisierte, der unter Napoleons Sperre gegen Englands Handel und Industrie lag. Nathan profitierte fortan aus der Uebernahme der Soldzahlungen an Wellingtons Armeen auf dem Kontinente vierfach: er gewann beim billigen Ankauf der Wechsel Wellingtons, in denen das englische Schatzamt die Beträge für Unterhaltung der Heere zahlte, er verdiente bei der Goldhamsterung, er verdiente am Verkauf des Goldes und endlich an der Uebermittelung nach dem Kontinente.

Wer die Schlacht von Waterloo gewann...

Als Napoleon von Elba geflohen war und überraschend in Frankreich einfiel, gab es ein neues Pluskonto in Rothschilds Hauptbuch. Die Mächte der Heiligen Allianz beauftragten sie mit der Finanzierung des Feldzuges der 100 Tage gegen den Korsen. Nathan in London begann, französisches Geld nachzumachen zur Versorgung der alliierten Armeen auf Frankreichs Boden. Die Erlaubnis der französischen Regierung holte er nicht ein: daß England einverstanden war, enthebt diese Praxis nicht dem Begriff der Falschmünzerei. Als die Entscheidungsschlacht nahte, fuhr Nathan nach dem Kontinente, erlebte den ersten Teil der Schlacht von Waterloo (1815) und das Eingreifen der Preußischen Truppen, die Napoleons Sieg über Wellington in die Niederlage wandelten, ritt mit verhängten Zügeln über Brüssel nach Ostende, fuhr in wütendem Sturm nach England hinüber und stand anderntags matt und zerschlagen von der Gewalttour, blaß und übernächtigt, an seinem Londoner Börsenplatz. Er sagte kein Wort! Man wußte, wo er gewesen war, man schloß aus seinem verstörten Aussehen auf einen großen Sieg Napoleons, flüsterte von der Zerschmetterung der Heere Wellingtons und Blüchers. Nathan sagte kein Wort! Er ließ von seinen Gehilfen alle Börsenpapiere zum Verkauf anbieten. Die Kurse kamen ins Rutschen, Nathan verkaufte weiter, die Kurse sanken ins Bodenlose, Nathan verkaufte, die Kurse halbierten sich von Minute zu Minute. Jeder wollte verkaufen um jeden Preis. Nathan sagte kein Wort! Aber er ließ von geheimen Beauftragten heimlich aufkaufen, was er kriegen konnte. Am nächsten Tage wußte London um Napoleons Niederlage, die Kurse blühten auf, und Nathan triumphierte mit einem Gewinn von über 20 Millionen Mark! Zahllose andere bezahlten ihn mit der Pleite, und es entstand das geflügelte Wort: „Die Verbündeten siegten bei Waterloo, aber gewonnen hat Rothschild allein..."

Renten aus Krieg und Massennot.

James Rothschild in Paris verstand sein Geschäft so gut wie Vater und Brüder. Er führte den Umtausch von rund 2½ Milliarden Frank Staatsanleihen der Bourbonenzeit aus 6-prozentiger in 3 prozentige Rente durch und gewann Hunderte von Millionen. Er finanzierte die Reorganisation der französischen Armee und den Griechenfeldzug gegen die Türkei — und profitierte. Als 1830 die Julirevolution das System bedrohte, bezahlte er den Kampf gegen die Pariser Revolutionäre. Wenige Jahre später betrug sein Vermögen rund 600 Millionen Frank und war damit größer als das aller übrigen Banken Frankreichs zusammengenommen. James Rothschild wurde so mächtig, daß er Minister nach Lust und Laune stürzte, wie z. B. Thiers. Als der Staat den Bau der französischen Nordbahn in eigene Regie nehmen wollte, setzte James es durch, daß ihm die Konzession erteilt wurde. Er streute Geld in Millionen umher, korrumpierte Hof und Adel, bestach Parlamentarier und Zeitungen — die beiden Kammern erhielten für 7½ Millionen Frank Aktien geschenkt, einzelne Redakteure bis zu 50 000 Fr. — und bekam die Baukonzession!

160 Millionen Gewinn auf einem Brett.

Salomons größtes Geschäft war das der Umwandlung der ungarischen 6 prozentigen Goldanleihe in eine 4 prozentige, die 1882 durchgeführt wurde. Salomon übernahm den Gesamtbetrag der Rente von 592 Millionen Gulden, verdiente daran 160 Millionen Gulden, teils durch die Konvertierungsaktion, teils dadurch, daß er die Papiere schleunigst wieder über dem Uebernahmekurs abstieß. Der große Krach von 1882, der den Kurs der Rente auf 15 Gulden unter den Emissionspreis warf, den Salomon eingeheimst hatte, berührte ihn nicht mehr: er besaß kein Stück mehr.

Salomon baute nach dem Vorbild seines Bruders James in Paris die erste große österreichische Bahn, die Ferdinand- oder Nordbahn. Bergwerke und Eisenhütten, Munitionsfabriken und andere industrielle Großbetriebe entstanden mit Salomons Kapital. Sie arbeiteten so profitlich, daß 1855, als die nun vom österreichischen Staate gestützte Kreditanstalt als Zentrum der Wiener Rothschildmacht gegründet wurde, Mitglieder des ältesten Adels und der hohen Politik Pate standen. Sie wußten warum: ihre Informationstätigkeit war Gold wert und brachte Gold ein...

Korruption auf der ganzen Linie!

Und damit sei auch dies Kapitel aufgeschlagen: das Geheimnis der europäischen Erfolge der Rothschilds war ihre Verbundenheit mit den leitenden Persönlichkeiten des Regimes. Sie wurde glänzend honoriert! Metternich, der Kanzler Oesterreichs und Vater der europäischen Reaktion vor 100 Jahren, sagte einmal zu Apponyi, dem österreichischen Gesandten in Paris:

„...Das Haus Rothschild spielt in Frankreich eine noch größere Rolle als irgendeine fremde Regierung... Das hat seine natürliche Ursachen... das Geld ist in Frankreich das große Triebmittel. Ganz offen rechnet man mit der Korruption, diesem wahrhaft bedeutsamen Elemente des modernen Repräsentativsystemes..."

Aber diese „natürlichen Ursachen" wirkten in ganz Europa, nicht nur in Frankreich, zum Nutzen der Rothschilds. Bekanntlich hat Friedrich von Gentz, Metternichs genialer Gehilfe, in seinen Tagebüchern ganz offen davon erzählt, daß er und viele andere dauernd politische und sonstige „Informationen", darunter auch die sog. Staatsgeheimnisse, an Rothschilds verkauften. Nach seinem Tode schrieb ihm der Wiener Salomon Rothschild an den Pariser James folgenden Nekrolog:

„...Das war ein Freund, einen solchen bekomme ich nicht wieder. Er hat mich große Summen gekostet, man glaubt es nicht, wie große Summen! Denn er schrieb nur auf einen Zettel, was er haben wollte, und er erhielt es gleich; aber seit er nicht mehr da ist, sehe ich erst, was uns fehlt, und dreimal so viel möchte ich geben, könnt' ich ihn ins Leben zurückrufen."

So also machten Rothschilds ihre Geschäfte, die die Welt in Staunen setzten.

Bernhard Düwell.

Olympiade

Ein geschichtlicher Rückblick

Das Wort „Olympiade" ist, wie man ihm schon ansieht und daher weiß, nicht auf deutschem Sprachgebiet gewachsen, sondern auf altgriechischem. Daß das Wort vom Ortsnamen „Olympia" in Elis kommt, wo die alten Griechen vom Jahre 776 vor unserer Zeitrechnung an alle vier Jahre anfänglich einen Tag, später fünf Tage lang ihre kultisch geheiligten, unter dem Ehrenpräsidium des Zeus stehenden Wettkämpfe feierten, lernt man heute schon in der Hauptschule. Aber nicht diese Sportspiele selbst hießen Olympiade, sondern jener Zeitraum von vier Jahren, der zwischen zwei Wettspielen lag. So wichtig, so gemeingriechisch empfanden die zahlreichen und sehr unterschiedlichen altgriechischen Kleinstaaten ihre „Olympischen Spiele", daß sie vom dritten vorchristlichen Jahrhundert an diese Fünft-Jahrperioden von vier Jahren ihrer Zeitrechnung zugrunde legten und die einzelnen Jahre nach den Siegern von Olympia benannten, Sieger, die zu dieser Zeit freilich schon meistens „Professionals" waren.

Im Anfang war der Schwindel.

Selbstverständlich waren die Olympischen Spiele, die zu Ehren und unter dem Ehrenschutz des Zeus, der Hera, des Hermes und des Gauheros Pelops standen, ebenso müthisch begründet und kultisch aufgemacht wie die dem Apollon heiligen musischen Spiele zu Delphi, wie die aus Schillers „Kraniche des Ibykus" nur zu bekannt gewordenen Spiele zu Ehren des Meergottes Poseidon in Korinth und schließlich die weniger bedeutenden Kraftsportspiele des Herakles zu Nemea.

Die Ursprungssage der olympischen Spiele knüpft an das fluchbeladene Geschlecht der Tantaliden an, an Tantalos Sohn Pelops, einem in des Wortes verwegenster Bedeutung abgebrühten und hartgesottenen Menschen. Sein Vater hat ihn nämlich einmal, um die Allwissenheit der Götter seiner Gäste zu erproben, anstatt eines Hammels im Kochtopf servieren lassen. Zeus erweckte den gekochten Pelops zu einem neuen Leben, und das war danach. Dieser Pelops nämlich wollte Hippodameia, die Tochter des Königs Dinomaos von Elis, freien und mußte zu diesem Zweck mit Dinomaos ein Wagenrennen bestehen. Mit diesem Dinomaos war aber nicht zu spaßen, der hatte unbesiegbare Pferde aus Poseidons Zucht und pflegte die überwundenen Freier im Vorfahren mit seinem Speer zu durchbohren. Da bestachen Pelops und Hippodameia mit Versprechungen und Verheißungen männlicher und weiblicher Art den Myrtilos, der des Königs Stallmeister und Wagenlenker war. Und dieser setzte zum schicksalsschwangeren Wettrennen an seines Herrn und Königs Zweiradler anstatt der bronzenen Vorsatznägel Wachspfropfen vor die Naben an die Achse. Da gab's selbstverständlich tödlichen Sturz. Pelops gewann das Rennen, die Hippodameia und das Land Elis dazu. Den Myrtilos aber brachte Pelops, und das war eine seiner ersten Regierungssorgen, als unbequemen Mitwisser um die Ecke. Dafür hat er nun als Begründer der Olympischen Spiele seinen Altar zu Olympia. Ein anderer Sagenzug erzählt, daß Pelops im heutigen Bezirk von Olympia auch bestattet worden sei, und man zeigt dem staunenden Fremden auf Wunsch sogar jetzt noch dort seinen Grabhügel.

Olympische Spiele.

Sonderbar ist es eigentlich, daß diese Ursprungssage gerade vom Wagenrennen erzählt, das vom Anfang an bis zum Jahre 680 vor Cristi nicht zu den olympischen Sportspielen gehörte, sondern erst eingeführt wurde, als auch die selbst nicht mehr sportfähigen, wolbeleibten reichen Griechen der Ehren eines olympischen Sieges teilhaftig werden wollten. Das war dann eben so wie bei unseren feudalen Pferderennen und Trabrennfahrten: der Jockei, das Gespann und der Rennwagen gewannen den Sieg, aber der vermögliche Herr, der diese drei bezahlte, galt als der Sieger.

Zum eigentlichen, demokratischen Programm der Olympischen Spiele, das unter dem Namen Pentathlon (Fünfkampf) zusammengefaßt wurde, gehörte aber dieses kostspielige, späterhin als politisches Machtmittel mißbrauchte Pferdewagenrennen der Reichen nicht. Der Fünfkampf bestand aus dem Wettlauf, dem Weitspringen, dem Ringkampf, dem Diskoswurf, dem Speerwurf und dem Faustkampf. Beim Diskoswurf (in Hamerlings Roman „Aspasia" sehr anschaulich geschildert) kam es darauf an, eine etwa zwei Kilogramm schwere linsenförmige Metallscheibe nach bestimmten Griffregeln möglichst weit zu schleudern. (Vergleiche eine Abbildung der Statue des Diskoswerfers von Myron, die in unseren Marmorkopien erhalten ist.) Der Faustkampf war eine Art Boxen, mit dem die alten Hellenen, obschon sie noch keine bleigefütterten Boxhandschuhe benützten, schon sehr hübsche Verstümmlungen, Knochenbrüche und viele anerkennenswerte Totschläge erzielten.

Schwimmen gehörte nicht zu den in Olympia üblichen sportlichen Betätigungen, obwohl, wie man nicht nur aus der schönen lyrischen Sage von Hero und Leander, sondern auch aus alten Vasenbildern genau weiß, die Hellenen ganz ferme Beinschlagschwimmer gewesen sein müssen.

Der Sinn der Olympischen Spiele.

Schnellauf, Sprung und Wurf, sei es mit dem Stein, wie bei den Germanen, oder mit Speer oder Diskos, gehört zu den ältesten Kampfübungen der Indogermanen, und der ursprüngliche Sinn auch des hellenischen Fünfkampfes war offenbar der kriegerischer Uebung. Freilich war des Pentathlon alte kriegerische Bedeutung mit der Entwicklung der griechischen Taktik, die ihre Hopliten (Schwerbewaffnete) im Frontmarsch der Phalanx (der geschlossenen zweigliedrigen Schlachtreihe) angreifen und mit Stoßlanze, Schwert und Schild fechten ließ, zur Blütezeit der Olympischen Spiele längst verblaßt. Der Fünfkampf konnte also im Hinblick auf den Kriegsdienst nur noch als zwar recht vielseitige, aber doch nur allgemeine körperliche Vorerziehung gelten.

Der beste Beweis für die vielseitige und daher harmonische Körperbildung, die die zum olympischen Fünfkampf gehörigen Uebungen vermittelten, sind die altgriechischen Skulpturen, die Sportler oder gar olympische Sieger darstellen. Da gibt es nur schöne, vollkommen ebenmäßige Körperformen und Gestalten, niemals zeugen Ueberentwicklungen einzelner Muskelpartien, wie man sie etwa an den Darstellungen römischer Berufsathleten und Fechter wahrnimmt, von leidig einseitigem Spezialsportbetrieb. Aber mit dieser volkshygienischen und ästhetischen Wirkung ist Sinn und Bedeutung der hellenischen Sportübungen noch nicht erschöpft.

Die Sportspiele der Griechen waren — vielleicht mit einziger Ausnahme derer von Nemea, wo der sagenhafte Kraftkerl



Staatsbank-Krise in Australien

„Schlangenstehen" der Kontoinhaber am Wiedereröffnungstag.

Infolge der trostlosen Kassenlage von Neu-Südwales, dem volkreichsten Staate Australiens, mußte die Staatsbank 10 Tage ihre Kassen schließen. Die Panik unter den fast 1½ Millionen Konteninhaber war ungeheuer. Nach der Wiedereröffnung durfte jeder nur 3 Pfund pro Woche abheben.

Herakles einen ausgewachsenen Löwen mit den bloßen Händen erwürgt haben soll — untrennbar mit dem Geist verbunden.

Genau ebenso stand dicht neben dem Zweck körperlicher Ertüchtigung schon der tiefere, geistige Sinn der Abreaktion roher Kampflust und untermenschlicher Vergewaltigungssucht. Dadurch, daß wilder, zügelloser Kampftrieb nur in den geordneten Bahnen eines regelrechten Spieles wirken konnte, wurde er nicht nur maßvoll befriedigt, sondern auch geläutert. So war der tiefere Sinn der körperlichen Kampfspiele der Griechen derselbe, der ihrem Drama innewohnte: Katharsis, Reinigung von gefährlichen Leidenschaften.

In diesem Zusammenhang ist es ebenso bezeichnend wie einleuchtend, daß in den Tagen der Spiele zu Olympia, die immer beim Eintritt des ersten Vollmondes nach der Sommersonnenwende (nach unserem Kalender in der Zeit vom 22. Juni bis zum 19. Juli) begannen, die wirklichen Feindseligkeiten, die häufigen Kriege und Krieglein der griechischen Kleinstaaten unterbrochen werden mußten. Der kriegerische, schlachtenfrohe und derb gewalttätige Stamm der Dorier, in deren Machtbereich Olympia lag, mußte diesen Waffenstillstand, diesen allgemeinen Landfrieden jedes fünfte Jahr allen griechischen Kantonen feierlich verkünden und beschützen.

Und damit erschließt sich die politische Bedeutung der Sportspiele von Olympia. Sie waren Ausdruck des Zusammenschlußgedankens der stamm- und sprachverwandten, aber durch unwegsame Gebirge voneinander getrennten, durch Sonderinteressen nur zu oft verfeindeten Bruderstämme, sie wurden ein pazifistisches Mittel der Einigung. Die Griechen, die in weit größeren Massen als zu den Korinthischen Spielen

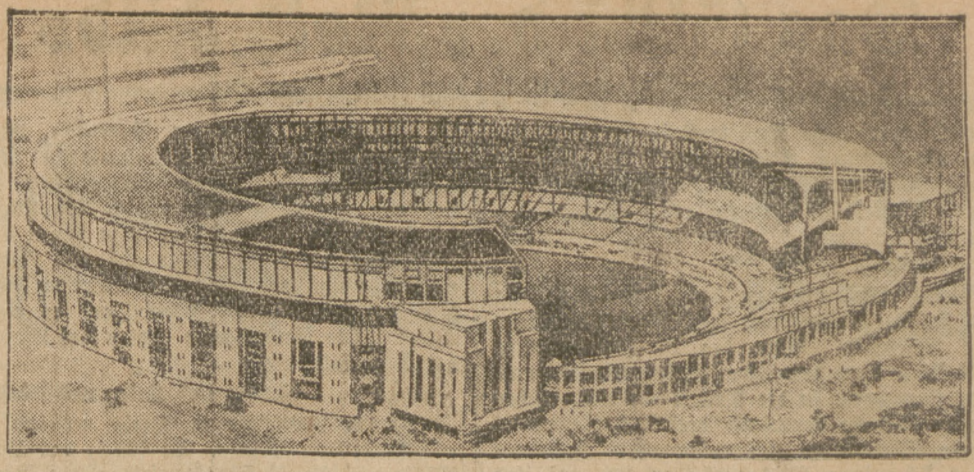
> Von Theseus Stadt*), von Aulis Strand,
> Von Phokis, vom Spartanerland,
> Von Asiens entlegener Küste,
> Von allen Inseln

nach Olympia zusammenströmten, erkannten an der Allgemeingültigkeit der Sportsatzungen, erfühlten an der Gemeinsamkeit der mythischen Vorstellungen und des kultischen Brauche, erfuhren trotz Dialektverschiedenheiten aus der Gemeinverständlichkeit der griechischen Sprache die Tatsache und Notwendigkeit allgriechischer Gemeinschaft.

Wohl sind die Griechen infolge ihrer inneren Zersplitterung im vierten vorchristlichen Jahrhundert Mazedonien erlegen und später selbstverständlich dem Römischen Reich rettungslos verfallen, aber daß dieses in Dutzende von republikanischen Stadtstaaten und Kantonen geteilte Völkchen, dessen gesamtes kontinentales Stammland bei klarem Wetter vom Berge Athos auf der Halbinsel Chalkidike mit freiem Auge übersehbar war, als Nachbar der Machtsphäre großer Weltreiche seine politische Freiheit immerhin viereinhalb Jahrhunderte bewahren konnte, daß es auch späterhin — wieder Jahrhunderte lang — die Kulturentwicklung Roms übermächtig zu beeinflussen vermochte, das hat nicht allein Leonidas und Themistokles, nicht allein Perikles, Sophokles, Plato und Aristoteles, das hat auch mit seinen Spielen Olympia getan!

Otto Koenig.

*) Athen.



Hier findet der Kampf um die Boxweltmeisterschaft statt

Der Boxkampf um die Weltmeisterschaft im Schwergewicht zwischen dem Titelverteidiger Max Schmeling und Young Stribling wird am 19. Juni in dem neuen Stadion von Cleveland stattfinden. Er vermag mehr als 100 000 Personen zu fassen, sein Bau soll 10 Millionen Mark gekostet haben.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Sonnabend. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vortrag. 16: Jugendstunde. 16,30: Vorträge. 17,10: Für die Kinder. 17,35: Vorträge. 18: Aus Warschau. 19: Vorträge. 20,15: Unterhaltungskonzert. 22,20: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Sonnabend. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 16: Stunde für die Kinder. 16,50: Vorträge. 17,15: Schallplatten. 17,35: Vortrag. 18: Nachmittagskonzert. 19: Vorträge. 20,15: Unterhaltungskonzert. 22,20: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

Sonnabend, 13. Juni. 6,30: Funkgymnastik. 6,45—8,30: Frühkonzert auf Schallplatten. 15,20: Die Filme der Woche. 15,45: Das Buch des Tages. 16: Unterhaltungskonzert. 17,15: 25 Minuten und dann — der Tod. 17,40: Rückblick auf die Vorträge der Woche und Literaturnachweis. 18,10: Tänze. 18,50: Saisonarbeiter und Arbeitslosenversicherung. 19,15: Wettervorhersage; anschließend: Heitere Abendmusik. 20: Wettervorhersage; anschließend: Das wird Sie interessieren! 20,30: Aus Berlin: Quer durch die Dialekte. 21,15: Vom Heldenplatz in Wien: Promenadenkonzert. 22,15: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,45: Aus Berlin: Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Versammlungskalender

D. S. A. P.

Nikolai. (Ortsausschuß.) Am Sonntag, den 14. d. Mts., findet ein gemeinsamer Ausflug statt. Sammlung in Ober-Lazisk um 10 Uhr vorm., bei Herrn Johann Mucha. Sämtliche Mitglieder haben daran teilzunehmen.

Bielschowitz. (Gemeinsame Vorstandssitzung.) Sonntag, den 14. Juni, vormittags 10 Uhr, Vorstandssitzung der D. S. A. P. und des Bergarbeiterverbandes beim Gen. Kontnik daselbst.

Maschinisten und Heizer.

Lipine. Am Sonnabend, den 20. Juni, nachmittags 5 Uhr, findet in unserem Versammlungslokal bei Hecht eine wichtige Mitgliederversammlung statt.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen

am Sonntag, den 14. Juni.

Schwientochlowitz. Vorm. 10 Uhr, bei Frommer. Referent: zur Stelle.

Ruda und Umgegend. Vorm. 10 Uhr, bei Puffal. Referent: zur Stelle.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Für die Zeit von 6. Juni bis 14. Juni.

Freitag: 3. Tagung der Monatsversammlung.
Sonntag: Fahrt und Bezirkstreffen in Ems.
Die Abende fangen um ½8 Uhr an.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Freitag, den 12. Juni: Kampfliederabend.

Sonnabend, den 13. Juni: Rote Falken.

Sonntag, den 14. Juni: Bezirkstreffen in Emanuelssegen. Abmarsch 5 Uhr früh vom Volkshaus.

Freie Sänger.

Myslowitz. Freitag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, Chorprobe. Dirigent: Sangesbruder Gödel.

Myslowitz. Montag, den 15. Juni, abends 7 Uhr, unsere Monatsversammlung. Referent: Unserer Bundesdirigent. Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Gleichzeitig Aufnahme der neuen Mitglieder.

Beskidenfahrt des Maschinisten- und Heizer-Verbandes.

Wiederholten Wünschen aus Mitgliederkreisen folgend, veranstaltet auch in diesem Jahre die Bezirksleitung einen zweitägigen Ausflug nach den Beskiden und zwar auf die Szantory am 28. und 29. Juni.

Um die genaue Anzahl der Teilnehmer festzustellen, hat jeder Teilnehmer an den Ortskassierer, bis spätestens 16. Juni, 3 Zloty Anzahlung auf den Fahrpreis zu leisten, der von Kattowitz und Bismarckhütte 8 Zloty hin und zurück beträgt.

Abfahrt am 28. Juni früh 5,30 von Kattowitz, mit dem Zug nach Orzesche, Bahnsteig 2.

Freie Sportvereine.

Königshütte. (Freie Turner.) Montag, den 15. d. Mts., abends ½7 Uhr, Vorstandssitzung (Volkshaus, 3-go Maja 6). Erscheinen sämtlicher Vorstandsmitglieder erwünscht.

Fahnenweihe der polnischen sozialistischen Frauen in Welnowiec.

Am 2. August d. Js. findet in Welnowiec, im Garten des Herrn Wrobel, vormittags 11 Uhr, die Enthüllung der neuen Kampesfahne der Frauenabteilung bei der P. P. S. statt. Es wird dies die erste Frauenfahne in der Idee um ein besseres Dasein in der Frauenbewegung unserer Wojewodschaft sein.

Wir bitten alle Ortsgruppen der D. S. A. P., sowie den Berg- und Metallarbeiterverband, sämtliche Frauen, Wohlfahrts- und Jugendorganisationen und alle Sportvereine, welche als Symbol das rote Banner anerkennen, unserer Einladung zu dieser Feier nicht abzuschlagen und an diesem Tage keine Versammlungen, bezw. Ausflüge veranstalten zu wollen. Zu- bezw. Absage zu der Feier, bitten wir an die Vorsitzende der Frauenabteilung der P. P. S., Frau Aniela Andrusz, Welnowiec, Josefa Bedera 1, richten zu wollen.

Freie Radfahrer Königshütte!

Programm der Ausfahrten im Monat Juni.

Sonntag, den 14. Juni: Fahrt nach Makoschau. Abfahrt 6 Uhr früh.

Sonntag, den 21 Juni: Gemeinschaftlich mit den Angehörigen, auf Rädern und Rollwagen nach Althammer. Die Teilnehmerkarten sind beim Genossen Ciupke, ulica 3-go Maja 5, zu haben und sind bis spätestens 17. Juni abzuholen. Abfahrt 6 Uhr früh vom Volkshaus.

Sonntag, den 28. Juni: Fahrt nach Bielitz auf zwei Tage. Abfahrt 4 Uhr früh.

Bei sämtlichen Ausfahrten sammeln sich die Radler im Volkshaus.

Frisch-Auf!

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

